

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60**. Monatlich **55** Ctg. Postzeitungsliste Nr. 4069, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierteilte Bettzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Zinssätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags zu der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65. | **Wittwoch, den 18. März 1903.** | **10. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 16. März 1903.

285. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: von Posadowsky.

Zunächst wird in erster und zweiter Berathung der am 11. November 1902 zwischen dem Reiche und Luxemburg vollzogene Vertrag über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn durch die Reichseisenbahnverwaltung genehmigt.

Es folgt die erste eventuell zweite Berathung einer Novelle zur Seemannsordnung. Danach soll Ziffer 2 des § 52, der von den Fällen handelt, in denen ein Schiff mehr als zwei Jahre auswärts verweilt, gemäß den Beschläffen des Reichstages bei der letzten Berathung der Seemannsordnung folgende Fassung erhalten:

Der Leichtmatrose erhält mit Beginn des dritten (statt zweiten) Jahres die in der Musterrolle bestimmte Feuer der Vollmatrosen und mit Beginn des vierten Jahres ein Fünftel derselben mehr an Feuer.

Mollenbuh (SD.): Es handelt sich hier ja nur um einen Druckfehler, aber es ist sehr charakteristisch, daß man sich so beeilt, diesen Druckfehler zu beseitigen, der, wenn er stehen bleiben würde, für die Rheder nur eine ganz minimale Mehrausgabe bedeuten würde. Der Druckfehler ist hier sogar vernünftiger gewesen, als die Seemannsordnung (Steuerkeit), indem er eingesehen hat, daß der Uebergang vom Leichtmatrosen zum Vollmatrosen möglichst kurz sein muß. Wenn man aber schon so große Eile hat, eine solche Bestimmung zu ändern, dann sollte man auch da mit Änderungen vorgehen, wo Unklarheiten und Bestimmungen zum Nachtheil der Arbeiter in der Seemannsordnung enthalten sind. Es ist ja schon von der Bestimmung über die Dauer des Krankentagegeldes bei der Etatsberathung die Rede gewesen. Ich werde mir erlauben, ein paar derartige Anträge bei der zweiten Lesung vorzubringen, beantrage aber vorläufig die Novelle der Kommission, welche das Krankengesetz beräth, zu überweisen.

Rirsch (Z.): Der Herr Vorredner will doch wohl nicht diese eine Bestimmung, die auf einem Druckfehler beruht, der Krankengesetzkommission überweisen, sondern seine Anträge, die er noch stellen will. Ich werde jedenfalls beantragen, diese Sache nicht erst einer Kommission zu überweisen, sondern gleich in zweiter Lesung zu erledigen. Daß die jetzige, auf einem Versehen beruhende Fassung einen Vortheil für die Rheder bedeutet, ist nicht richtig, die Fassung ist aber jetzt so unklar und widerspruchsvoll, daß gar nicht abzusehen ist, wie die Gerichte eventuell entscheiden würden. Es heißt ausdrücklich im Eingang des Paragraphen, daß das Schiff bereits zwei Jahre unterwegs gewesen sein muß, ehe die Erhöhung der Feuer eintritt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Daß es sich um einen Druckfehler handelt, ist ganz sonnenklar. Ich möchte dringend davor warnen, diese Gelegenheit zu benutzen, um weitere sachliche Änderungen vorzunehmen, zumal diese Novelle am 1. April beim Inkrafttreten der Seemannsordnung verabschiedet sein muß. Es läge ja nahe hier, wie das Herr Mollenbuh will, die Krankenunterstützung, wie das in der Krankengesetznovelle vorgelesen ist, auf 26 Wochen zu erhöhen. Es kommt aber dabei in Betracht, daß nach der Seemannsordnung im Gegenfall zum Krankengesetz die Rheder allein die Lasten der Krankenversicherung tragen, die Verlängerung der Frist würde danach für die Rheder, unter denen sich viele wirtschaftlich schwache Existenzen befinden, eine große finanzielle Belastung haben. Diese Frage muß daher erst sorgfältig geprüft werden. Die Erhöhung der Krankenunterstützungsdauer wird kommen, man möge aber die Initiative dazu der Regierung überlassen, die nach Prüfung der Verhältnisse sicher eintreten wird.

Schwarz-Lübeck (SD.): Ich halte es doch für richtig, bei dieser Gelegenheit gleich ganze Arbeit zu machen und den ersten Absatz des § 52 dahin zu ändern, daß die Erhöhung der Feuer schon eintritt, wenn das Schiff mehr als ein Jahr auswärts verbringt. Ich bitte also, die Novelle einer Kommission zu überweisen.

Dr. Semler (M.): Die Seemannsordnung, welche eben verabschiedet worden ist, bedeutet einen kolossalen Fortschritt und wir haben keinen Anlaß, neue Änderungen vorzunehmen. Es handelt sich hier lediglich um Beseitigung eines Druckfehlers.

Lenzmann (FVp.) bittet, es jetzt lediglich bei der Aenderung des Druckfehlers zu belassen.

Hertzfeld (SD.): Ich hätte wirklich nicht geglaubt, daß die Hamburger Rheder ihren ja bekanntlich sehr großen Einfluß auf die Reichsregierung benutzen würden, um diesen Druckfehler zu verändern, der ihnen im schlimmsten Falle einige Tausend Mark im Jahre kosten würde. Graf Posadowsky hat erst vor kurzem ausdrücklich erklärt, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung für die Seeleute auf 26 Wochen nicht im Krankengesetzgesetz, sondern durch eine Novelle zur Seemannsordnung erfolgen könnte. Nun liegt eine solche Novelle vor und wieder widerspricht der Staatssekretär unserem Antrage. Was soll man da noch auf die Erklärungen der Regierung geben?

Geb. Rath v. Foncaquieres: Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß ehe die betreffende Bestimmung in

der Seemannsordnung geändert wird, erst das Krankenversicherungsgesetz geändert werden muß. Das ist bis heute nicht geschehen. Daß nach dieser Richtung eine Novelle kommen wird, hat der Staatssekretär soeben feierlich erklärt. Ich muß die Behauptung zurückweisen, daß die Rhederien irgendwie einen Einfluß auf die Staatsregierung geübt hätten. Es ist doch unmöglich, daß jetzt alle bei der Berathung der Seemannsordnung abgelehnten Anträge Albrecht und Gen. wieder aufleben. Dann würde die Novelle auf keinen Fall bis zum 1. April fertig werden. Uebrigens würde kein Richter der von den Herren Sozialdemokraten gewünschten, den Seeleuten günstigen Interpretation des § 52 folgen. Dazu ist der erste Satz des § 52 zu zwingend.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission wird abgelehnt und das Gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die zweite Berathung.

Art. 1, der die Beseitigung des Druckfehlers enthält, wird angenommen.

Abg. Mollenbuh (SD.) beantragt: Ferner wird die Seemannsordnung dahin abgeändert, daß im § 59 die Worte „3 Monate“ durch die Worte „26 Wochen“ ersetzt werden.

Mollenbuh (SD.) begründet seinen Antrag. In der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz sind jetzt an Stelle der 13 Wochen Unterstützungspflicht 26 Wochen getreten. Dasselbe muß auch für die Seeleute eingeführt werden. Man könnte diese Bestimmung mit dem Tage in Kraft setzen, an dem die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz in Kraft tritt. Die Seeleute würden es als eine Ungerechtigkeit empfinden, wenn ihnen der in Aussicht gestellte Anschluß an die Invalidenversicherung in dieser Novelle nicht gewährt würde.

Der Antrag Mollenbuh wird abgelehnt.

Dr. Hertzfeld (SD.) begründet einen von ihm gestellten Antrag, wonach in § 137 als Absatz 2 die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß, falls in vor dem 1. April 1903 (dem Termin des Inkrafttretens der Seemannsordnung) abgeschlossenen Feuerverträgen, die bis über den 1. April 1903 hinaus gelten, Bestimmungen enthalten sind, die den Vorschriften der Seemannsordnung widersprechen, vom 1. April 1903 ab ohne Weiteres die Bestimmungen der Seemannsordnung dafür eintreten. Es war doch jedenfalls die Absicht des Gesetzgebers, daß die Wohlthaten der Seemannsordnung vom 1. April 1903 ab allen Seeleuten zu Theil werden sollen, ohne Rücksicht darauf, wann die Feuerverträge ausgeführt sind.

Lenzmann (FVp.): Ich bin mit diesem Antrag durchaus einverstanden, halte ihn jedoch für überflüssig, da er ja nur die klare Absicht des Gesetzgebers ausspricht.

Dr. Semler (M.) erklärt sich mit der Argumentation des Abgeordneten Dr. Hertzfeld in keiner Weise einverstanden.

Der Antrag Dr. Hertzfeld wird abgelehnt und die Novelle ohne weitere Debatte in zweiter Lesung nach der Regierungsvorlage angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition betreffend Aenderung der Schankkonzessionen, Aufhebung der Bedürfnisfrage beim Gastwirtschaftsbetriebe und dem Kleinhandel mit Branntwein wird nach dem Antrage der Kommission als Material überwiesen.

Es folgt der Bericht der Petitionskommission über eine Petition, die die Haftpflicht der Straßenbahnen für zufällige Schäden an Sachen behandelt. Die Petitionskommission empfiehlt die Petition zur Erwägung.

Meister (SD.) beantragt, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag Meister wird, nachdem ihn Dr. Müller-Meinungen (FVp.) und Ledebour (SD.) befürwortet haben, angenommen.

Die Kommission beantragt, eine Petition, die Haftung der Besitzer von Kraftwagen für Sachbeschädigung betreffend, als Material zu überweisen.

Meister (SD.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Der Antrag Meister wird angenommen.

Eine Petition auf Erweiterung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen empfiehlt die Kommission im allgemeinen als Material zu überweisen, soweit sie auf Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Gewerbegerichten hinführt, durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Meister (SD.) beantragt, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ledebour (SD.) befürwortet den Antrag Meister. Wattendorf (Z.) empfiehlt, es bei den Beschläffen der Kommission zu belassen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Es folgt der Bericht über Bittschriften, die ein Verbot medizinischer Eingriffe bei Menschen zu diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken verlangen.

Die Kommission beantragt durch ihren Berichterstatter, den Abg. Thiele, die Petition zur Erwägung zu überweisen.

Berichterstatter Thiele (SD.) führt aus, die Verbrechen eines Nardentötter verschwinden gegenüber den zwar nicht in der Öffentlichkeit, wohl aber unter den Augen der Regierung verübten schamlosen Grausamkeiten verübt von Leuten, die sich dann noch als Wissenschaftler

hinstellen. Dem Professor Meißer, der sich den Unwillen der ganzen Welt zuzog, weil er unschuldigen Kinder Sypbilisgift injizierte, brückte die Dermatologische Gesellschaft sogar noch ihre Anerkennung aus. Die Wissenschaft hat nicht das Recht, die Menschenrechte zu Füßen zu treten.

Dertel (F.): Bei diesen Grausamkeiten handelt es sich nicht um die Wissenschaft als solche, sondern um Ausschreitungen Einzelner. Das Vorgehen Meißers habe ich ebenso mit Entrüstung verfolgt wie Sie. Und die konservative Presse verurtheilt dies Vorgehen sehr scharf. Ich stimme dem Kommissionsantrag bei, wäre sogar für Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Der Kommissionsvorschlag wird angenommen. Dr. Müller-Meinungen (FVp.) begründet dann als Berichterstatter den Kommissionsvorschlag, eine Bittschrift um anderweitige Regelung des Verkehrs mit Heilmitteln außerhalb der Apotheken der Regierung als Material zu überweisen.

Der Kommissionsvorschlag wird angenommen. Es folgt der Bericht über eine Petition um Aenderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Der Kommissionsvorschlag geht auf Ueberweisung als Material.

Dr. Dertel (F.) ist mit dem Kommissionsvorschlag einverstanden. Eine Neubearbeitung der Materie ist nötig, um den vielen berechtigten Klagen nicht nur der Zünftler, sondern auch freier Gewerbevereine die Spitze abzubreaken. Beim Ausverkaufswesen muß der Nachschub von Waaren unmöglich gemacht werden. Was man in Oesterreich fertig brachte, wird man bei uns wohl auch noch können. Wegen Brandschadens wird ein Ausverkauf angeündigt, obgleich der Brand im Nachbarhause stattfand. Ein findiger Geschäftsmann der andern Religion gründet ein Geschäft, und nach sechs Wochen macht er einen Inventurausverkauf. Man muß den unrealen Ausverkäufen umsomehr entgegen treten, als unsere schöneren Hälften (Steuerkeit) sich durch das Wort „Ausverkauf“ blenden lassen. Wir werden den Weg der Spezialgesetzgebung beschreiten müssen.

Bassermann (M.): Zweifellos bedürfen die Mißstände im Ausverkaufswesen einer gesetzlichen Abhilfe. Ich halte das für möglich auf dem Wege einer Ergänzung zu dem Gesetze über den unlauteren Wettbewerb. Soweit es sich um Maßregeln gegen schwindelhafte Nachschübe bei Ausverkäufen handelt, beantrage ich, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dr. Müller-Meinungen (FVp.) fordert die Einföhrung gesetzlicher Bestimmungen, wie sie der code civil in der Klausel der „concurrence illoyale“ enthält.

Cahensly (Z.) wünscht eine gesetzliche Auslegung des Begriffs „Ausverkauf“.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen von Thiele (SD.) und Lenzmann (FVp.) beschließt das Haus gemäß dem Antrage Bassermann.

Eine Reihe weiterer Petitionen wird nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.

Die Petitionen des deutschen Textilarbeiterverbandes und der christlichen Gewerkschaften in Cuxen beantragt die Kommission zur Berücksichtigung zu empfehlen, sofern von ihnen verlangt wird die Ausdehnung der Mittagspausen auf 1 1/2 Stunden, das Verbot des Aufenthaltes in den Betriebsräumen der Fabrik während der Mittagspause, die obligatorische Einföhrung von Arbeiterkammern, dagegen zur Erwägung, sofern in ihnen verlangt wird die Einföhrung des zehntägigen Maximalarbeitstages in der Textilindustrie ausschließlich der Bauern, sowie das gänzliche Verbot der Nacharbeit zwischen Abends 8 Uhr und Morgens 6 Uhr.

Dasbach (Z.) beantragt, die Petitionen in ihrem vollen Umfange zur Berücksichtigung zu überweisen. Thiele (SD.): Ich habe in der Kommission denselben Antrag gestellt und werde jetzt für den Antrag Dasbach stimmen.

Franken (M.) bittet um Ablehnung des Antrages Dasbach, dessen Durchführung die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie beeinträchtigen würde.

Ledebour (SD.): Wenn dieser Einwand nicht haltbar wäre, so müßte die englische Textilindustrie vollständig im Grund und Boden ruiniert sein.

Der Antrag Dasbach wird angenommen gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen.

Eine Petition des Postchaffners Otto Pfeifer in Hamburg, betr. Wiedereinstellung in den Reichspostdienst, beantragt die Kommission, durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Thiele (SD.): Es handelt sich hier um den Beamten, von dem schon bei der Berathung des Postgesetzes die Rede war. Die Kündigung trifft den Beamten um so schwerer, als er in diesem Jahre pensionsberechtigt geworden wäre, auch ist er in einem Alter, daß er nicht leicht mehr eine andere Stellung findet. Es wird ihm lediglich vorgeworfen, daß er für den „Deutschen Postboten“ einen Artikel geschrieben habe. Der Artikel ist aber in durchaus ruhigem Tone gehalten und es besteht auch kein Verbot des Postboten seitens der Postverwaltung, sondern nur eine Warnung. Ich bitte Sie, diese Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo! bei den SD.)

Der Antrag Thiele wird abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf v. Helldorf: Ehe ich Ihnen Vorschläge für die nächste Sitzung mache, möchte ich bemerken, daß ich kein Berathungsmaterial mehr habe (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Initiativanträge!), um eine Tagesordnung auszufüllen. Ich beabsichtige daher, der Budgetkommission einen vollen Tag zu ihren Arbeiten zur Verfügung zu stellen und bitte die Mitglieder der Kommission dringend, sich mit ihren Arbeiten etwas mehr zu beeilen. Wenn die Budgetkommission Freitag nicht mit allen ihren Arbeiten fertig ist, wird es äußerst zweifelhaft, ob wir das Budget zur rechten Zeit fertig stellen können. Auch die Kommission für das Krankenversicherungs- und Pensionsgesetz bitte ich dringend, ihre Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Berichte noch vor unserem Auseinandergehen vor Ihnen vorliegen. Ich möchte sonst nicht, was ich auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach Ostern setzen sollte, denn der durch Zwischenruf lautgewordene Vorschlag, Initiativanträge zu beraten, war wohl nicht ernst gemeint.

Ich schlage Ihnen also vor, die nächste Sitzung zu halten Mittwoch, 1 Uhr, mit der Tagesordnung: 1) Dritte Berathung des Eisenbahnvertrags mit Luxemburg; 2) dritte Berathung der Novelle zur Seemannsordnung; 3) die von der Kommission inzwischen erledigten Theile des Etats.

Schluß: 5¹/₂ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Venezuela zahlt! Die erste Rate der Entschädigung Venezuelas an Deutschland ist, nach einer Kabelmeldung aus New York, im venezolanischen Schatzamt bereits in bar flüssig gemacht worden. — Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt: Venezuela bezahlt nur an die deutschen Staatsangehörigen, die in jenem Lande ihren Wohnsitz haben, den Ersatz für den angerichteten Schaden. Die Millionen, welche die Exekution beanspruchte, tragen die deutschen Steuerzahler daheim.

Die neue 12 000 Mark-Affäre. Gegenüber der auch von uns wiedergegebenen Nachricht des klerikalen „Baseler Volksblattes“, wonach dem verstorbenen Professor F. E. Kraus für seine in der „Münch. Allg. Ztg.“ veröffentlichten Spektator-Briefe vom Reichskanzleramt s. Bt. eine Summe von 12 000 Mk. ausbezahlt worden sei, schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“ im offiziellen Auftrage: Im Jahre 1901 ist dem Prof. Kraus von Reich wegen einer Summe von 12 000 Mk. ausbezahlt worden, selbstverständlich nicht für seine publizistischen Privatarbeiten, sondern zu einer archäologischen, kunsthistorischen und kirchengeschichtlichen Aufgaben bestimmten Studienreise nach Italien und Ägypten. Diese Beihilfe ist nicht geheim gewesen, sondern aus dem offenen Dispositionsfonds des Reichskanzlers verlichen worden. Die Nachweisung darüber findet sich in der dem Reichstage vorgelegten Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1901, Seite 597, Nr. 5. Als Professor Kraus schon am Ausgang desselben Jahres in Italien starb, stellte das Reichskanzleramt ordnungsgemäß Erkundigungen darüber an, wieweit die angewiesene Summe im Sinne des erteilten Auftrages bereits verwendet worden und ob etwa ein an das Reich zurückzuerhaltender Betrag verblieben sei. Nach Prüfung des Ergebnisses wurde mit Genehmigung des Reichskanzlers von einer Rückforderung Abstand genommen.

Eummel's Wahl in den Landesausschuß von Elbich-Rothringen ist nunmehr auch vom kaiserlichen Rath für ungültig erklärt worden. Bekanntlich hatte der Bezirksrath die Wahl Eummels in Mühlhausen auf eine demokratische Beschwerde hin wegen angeblicher Verletzung des Wahlgeheimnisses für ungültig erklärt. Der von Eummel hergezogene eingelegte Rekurs ist jetzt verworfen worden, so daß außer Parteigewisse, der als erster Sozialdemokrat in den Landesausschuß der Reichslande gewählt worden war und sich bereits kräftig bemerkbar gemacht hatte, diesen wieder verlassen muß. Hoffentlich gelingt es aber unseren Mühlhäuser Parteigenossen, das Mandat, das sie infolge von Eummel's Drittem verlieren, bei der Neuwahl zu behaupten.

Die geheime Schme. Der „Volksztg.“ in Düsseldorf flog das folgende interessante Schriftstück auf den Redaktionsstisch:

Hannover, den 2. 3. 03.

Au

den Schmied.

Durch eingezogene Erundigung beim Zivilvorstehenden der Ersatzkommission, Bezirk Düsseldorf, ist von dort mitgetheilt, daß Sie Mitglied eines Verbandes sind, der auf sozialdemokratischem Boden steht. Ihre Einstellung als Freiwilliger kann auf Grund dieses nicht erfolgen.

Wiederholen Sie mir zu.

Mit

Grüßem

6. Bant. Art.-Reg. 10, Hannover.

Erst kürzlich hat unser Parteigewisse Bebel auf drei geheime Schme im Reichstage hingewiesen und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Ersatzkommission im ganzen Reich solche schwarzen Listen führen und an die Regimenter weiter senden. Wer zieht den Ersatzkommissionen hierzu das Recht? Kein Gesetzparagraf; wir halten im Gegentheil drei geheime Schme für moralisch verwerflich. Der junge Mann, den man nicht als Freiwilligen beim Militär haben will, ist überdies lebendig Mitglied des Düsseldorf'schen Verbandes der Schmied.

Ländliche Fortbildungsschulen und Pferderennen. Interessant ist die Thatsache, daß der Etat des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft auf das Jahr 1903 für ländliche Fortbildungsschulen die betrübende Summe von 135 000 Mark verlangt, während der Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen 231 000 Mark beträgt. Letztere Summe beträgt 1903 noch eine außerordentliche Zulassung von 250 000 Mark, da die Einnahmen aus dem Totalstall und den Kontingentsgaben im Jahre 1902 sehr zurückgegangen sind, so daß die Anwesenheit eine solche besondere Gabe notwendig gemacht.

Heber einen neuen Duckward wird der „Ztg.“ aus Bamberg gemeldet: Zwischen einem Offizier und einem Postboten fand Sonntag Abend ein Pistolenduell statt. Der Postbote blieb tödtlich verletzt. Weiteres ist über das Detail noch nicht bekannt geworden.

Keine politische Nachrichten. Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses nahm die Zulage für die Lehrer in der Ostmark mit 14 gegen 6 Stimmen an, lehnte jedoch die Erhöhung der Zulage auf 300 Mark in 5 Jahren mit 15 gegen 5 Stimmen ab. — Uebersetzung und Frankreich andererseits findet künftig auf Grund der Gegenseitigkeit auch wegen solcher Handlungen statt, die nach deutschem Recht als Untreue und nach dem französischen Recht als abus de confiance strafbar sind. — In Südkarpaten (Ungarn) kam es Sonntag nach einer Volksversammlung gegen die Wehrvorlagen zu großen Exzessen und Standalen. Die Polizei wurde thätlich angegriffen, und die Garnison mußte einschreiten, welcher es nach hartem Kampfe gelang, die Ruhe wieder herzustellen.

Rußland.

Amnestie. Aus Petersburg wird gemeldet: Gleichzeitig mit der Publikation des Manifestes des Zaren wurde der Stellvertreter im Ministerium des Innern und Chef der Gendarmen, General v. Wahl, mit der Mission beauftragt, den in Sibirien verbannten Studenten und politischen Verbrechern die Rückkehr nach Rußland zu ermöglichen. General v. Wahl hat sich bereits nach Tomsk begeben. — Ob eine Amnestie sämtlicher politischer Verbrecher beabsichtigt ist, wird man ja bald erfahren.

Eine revolutionäre Demonstration fand Sonntag in Moskau am Don statt. Unter Entfaltung zweier rother Fahnen zog eine große Volksmenge durch die Stadt. Als die Polizei die Demonstranten auseinanderreiben wollte, kam es zu einem Handgemenge, bei dem mehrere Personen verletzt wurden.

Schweiz.

Ein Sieg der Hochwollner. Die Volksabstimmung über den hochwollnerischen neuen Schweizer Zolltarif, der die Grundlage für die künftigen Handelsvertragsverhandlungen bilden soll, hat Sonntag stattgefunden. Sie ergab die Annahme des Tarifs mit einer Mehrheit von über 100 000 Stimmen; es wurden 329 000 Stimmen für und 223 000 Stimmen gegen den Tarif abgegeben. Der Einfluß der agrarischen Phrase scheint auch in der Schweiz, wo die Landwirtschaft noch eine große Bedeutung in der Gesamtproduktion hat, sehr stark zu sein. Dazu kam das Geschrei der Unternehmer über die hohen Zölle des deutschen Zolltarifs. Ein Uebel zieht das andere nach sich, das böse Beispiel des Auslandes ist der Reaktion im Lande stets eine willkommene Entschuldigung ihres eigenen Thuns. Immerhin wird die Agitation, die der Abstimmung voran ging, nicht umsonst gewesen sein; sie wird manchen zur Erkenntniß geführt haben, und daß diese Erkenntniß allgemeiner werde und schließlich die Mehrheit des Schweizervolkes umfasse, daran werden unsere Schweizer Genossen, unbeeinträchtigt durch diese verlorene Schlacht, unentwegt weiter arbeiten.

Frankreich.

Jaures hielt Sonntag in Denain (Dep. Nord) eine Rede, in der er sein Programm darlegte. Er sprach sich für Staatsbetrieb der Bergwerke, Bahnen, Raffinerien u. aus und forderte Uebergang der Bergwerke ins Staatseigenthum. Ferner erklärte er, wenn bei der Abstimmung über die Kongregationen eine Gruppe des republikanischen Bocks gegen das von Combes befürwortete Verfahren, nämlich Abweisung der Kongregationsgesetze in Haus und Bogen, stimmen werde, so würde die sozialistische Partei angesichts der veränderten Gruppierung wieder in die Opposition treten.

Portugal.

Blutige Steuerkrawalle sind in der portugiesischen Stadt Coimbra ausgebrochen. Die Bewohner verweigerten die Entrichtung der Abgaben. Die Schenken wurden geschlossen, der Handelsverkehr stockte. Zwischen der Polizei und den Steuerverweigerern fanden Zusammenstöße statt, bei denen drei Personen getödtet und mehrere verletzt wurden. Die Aufseher drangen in das Gerichtsgebäude, zerstörten das Mobiliar und warfen Steine auf die Soldaten, welche Feuer gaben. In den benachbarten Dörfern rief die Sturmfluth die Bewohner zusammen, die dann auf Coimbra marschirten, wo eine starke Erregung gegen die Polizei besteht. Die Vereinigung der Kaufleute und zahlreiche Privatleute sandten eine Adresse an den König mit der Bitte, die Steuermaßnahmen, welche die Ursachen der Aufregungen sind, zurückzuziehen. Am Montag hatte sich die Erregung bereits etwas gelegt.

Berammlung der Bürgerschaft.

J. St. Lübeck, den 16. März 1903.

Um 10¹/₂ Uhr eröffnet der Vorsitzende die nur mäßig besetzte Berammlung.

Nach Berlesung einiger geschäftlicher Mittheilungen seitens des Senatskommissars wird in die Tagesordnung eingetreten. Es folgen zunächst Senatsanträge.

1. Verkauf des Grundstücks Breitestraße Nr. 11 zum Preise von 127 500 Mk. an die Kaufleute B. S. Martmann und B. S. Meyer.

Dr. Ziehl wünscht eine kleine redaktionelle Aenderung, mit der sich Senator Dr. Fehling einverstanden erklärt.

Schulmerich vertritt sodann seine bodenreformerschen Ansichten. Vor vier Wochen habe sich im Deutschen Reichstage der Staatssekretär Graf von Posadowsky für das Erbbaurecht ausgesprochen und allen Gemeinden die Anwendung desselben dringend empfohlen. Es sei zu wünschen, daß sich auch das Finanzdepartement einmal recht eingehend mit dieser Frage beschäftige. Bei Hergang von Land an den gemeinnützigen Bauverein hätte man hiermit schon den Anfang machen müssen, indem man ihm für den Bau der Arbeiterwohnungen das Land nicht eigenhämlich hätte überlassen sollen. In Frankfurt a. M., Halle, Leipzig und Mannheim habe man Anfänge mit dem Erbbaurecht gemacht. In Hamburg seien auf dem Reichsweide 40 000 Quadratmeter Land an die Lagerhausgesellschaft zum Bau großer Zollschuppen in Erbbaurecht vergeben worden. Deshalb sei auch hier wohl eine Prüfung der Frage am Platze.

Senator Dr. Fehling: Die Frage des Erbbaurechts verdient die lebhafteste Aufmerksamkeit und findet dieselbe auch bei uns. Auch wir sind der Meinung, daß keines der Gemeinden Land nicht zu früh weggegeben wird. Auf den gegenwärtigen Fall aber trifft das nicht zu.

Senator Eichenburg: Die Frage des Erbbaurechts wird erst in späterer Zeit praktische Anwendung finden.

Das Finanzdepartement steht der Sache gar nicht so un-sympathisch gegenüber.

Ritter: Die Käufer haben gar kein schlechtes Geschäft gemacht. Nach ganz kurzer Zeit wird der Werth des Grundstücks ein bedeutend größerer werden. Nebenbitter um Ablehnung des Senatsantrages, da es mit dem Verkauf der Häuser noch gar nicht so dränge.

Senator Dr. Fehling hält den Verkauf der Häuser jetzt für notwendig und ersucht um Annahme des Senatsantrages.

Derselbe wird denn auch mit großer Mehrheit angenommen.

2. Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamts für das Rechnungsjahr 1903. Derselbe wird debattelos genehmigt.

3. Vorschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für das Verwaltungsjahr 1903.

Dr. Ziehl erbittet und erhält vom Vorsitzenden die Erlaubniß, bei Erörterung dieses Punktes auch auf das Staatsbudget einzugehen. Die Grund- und Gebäudesteuer hat jetzt eine Höhe von 7 Prozent erreicht. Hand in Hand hiermit geht eine Steigerung des Antheils der Gemeinde an den Staat von 200 000 auf 335 000 Mk. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß dieser Antheil um 135 000 Mk. gesteigert werden soll. Der Grund hat der Senat hierfür nicht angegeben. Ich erwarte deshalb zwingende Gründe vom Senatsfische zu hören. Man will eine gemeinsame Kommission einsetzen und jetzt greift man derselben schon vor? Ich bin der Meinung, daß wir die Grund- und Gebäudesteuer ruhig auf 6 Prozent belassen können. Dieselbe ist bisher doch immer eine Gemeindefeuer gewesen, jetzt aber wird sie einfach so ohne Weiteres zur Staatssteuer gestempelt. Lieber hätte der Zuschlag zur Einkommensteuer auf 28 Prozent erhöht werden können. Das Gemeindebudget befindet sich in einer Verschlechterung. Woher soll denn hier später das Geld genommen werden? Ich bitte Sie, nicht über 235 000 Mk. hinauszugehen! Uebrigens ist das Verhalten in dieser Angelegenheit sonderbar. Man entdeckt plötzlich im Etat der Gemeindeanstalten einen Rechenfehler von 35 000 Mark und zahlt ihn dann einfach an den Staat aus. Als Grund kann man annehmen, daß der Staat kein Geld hat und deshalb Alles nimmt, was er kriegen kann. (Heiterkeit.) Zur Deckung des Ausfalls mache ich folgenden Vorschlag: Im Staatsbudget sind 100 000 Mark für Volksschulbauten enthalten. Ich bitte, diese zu streichen. Es ist nicht nötig, daß wir noch einen Extrabeitrag zu den Volksschulen aus laufenden Mitteln bewilligen. Bei dem jetzigen soliden Bau werden derartige Schulhäuser mindestens 100 Jahre stehen. Sie können also mindestens drei Generationen zu Gute; warum soll denn nur die gegenwärtige Generation Alles bezahlen? Nun wird ja jedenfalls in dieser Sache vom Senatsfisch aus sehr schwarz gemalt werden. (Heiterkeit.) Die Solidität der ganzen Finanzverwaltung aber wird hiervon gar nicht berührt werden. Ich bitte Sie, machen Sie es so wie Odysseus und lassen Sie sich nicht von den Sirenen fangen. (Gr. Heiterkeit.) Aus dem Budget geht hervor, daß unsere Finanzverhältnisse sehr schlecht sind. Es wurde fr. Bt. bei Genehmigung der 25 Millionen-Anleihe in der gemeinsamen Kommission angenommen, daß erst nach Aufnahme der ganzen Anleihe eine Erhöhung der Steuer um 3¹/₂ Prozent erfolgen würde. Heute aber sind erst 15 Millionen aufgenommen und wir stehen jetzt schon auf diesem Standpunkt.

Senator Eichenburg (schwer verständlich): Es ist entschieden kein richtiges Finanzverhältnis, wenn wir 100 000 Mark streichen, um ein Fünftel an der Abgabe zu sparen. Gehen Sie auf diese Vorschläge nicht ein.

Jenne: Es ist begreiflich, daß die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer Aufsehen erregt hat. Dr. Ziehl hat von einer Verschlechterung des Budgets der Gemeindeanstalten gesprochen. Das ist aber ein offener Irrthum. Bezüglich der Grund- und Gebäudesteuer sei bemerkt, daß dieselbe mit der Gleichstellung von Stadt und Vorstädten ebenfalls gleichgestellt werden mußte. Ein stärkeres Heranziehen der Gemeinde zu den Staatslasten ist berechtigt. Der Vorschlag von Dr. Ziehl ist mir ganz sympathisch; nur bitte ich, die 100 000 Mark dieses Mal noch nicht zu streichen, sondern lieber in den sauren Apfel der Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer zu beißen.

Senator Dr. Eichenburg: Wir sind gegenwärtig auf dem Höhepunkt der Schulbauten. Wenn letztere fertig sind, dann wird ein regelmäßiger Zustand eintreten. Ueber die im Budget enthaltenen 100 000 Mk. für Schulbauten aber ist bereits disponirt. (Aha-Muse!)

Die ist mit Dr. Ziehl in der Hauptsache einverstanden. Die Finanzlage der Gemeindeanstalten aber ist nicht unangenehm. Es sind gewisse Schönheitsfehler im Budget enthalten. Ich trage Bedenken gegen die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer. Falls Sie den Antrag von Dr. Ziehl auf Streichung der 100 000 Mk. ablehnen sollten, dann bitte ich Sie, 100 000 Mk. aus dem Agiogewinn der preussischen Konsols zu streichen und die Grund- und Gebäudesteuer nicht zu erhöhen.

Senator Dr. Fehling: Die Gemeinde-Anstalten werden immer mehr ab. Die Herren fassen das Verhältnis zwischen Kommune und Staat nicht richtig auf. Wir müssen von dem einen auf das andere hinübergehen. Beide sollen sich gegenseitig helfen und fördern. Eine solche scharf gezogene Grenze entspricht nicht nur unserer historischen Entwicklung, sondern auch nicht unserem Vortheil.

Senator Eichenburg: Wenn Sie den Ziehl'schen Antrag bezüglich der Streichung der 100 000 Mark annehmen, dann bewegen wir uns damit auf einer schiefen Ebene.

Dr. Ziehl hält seine Behauptung von der schlechten Finanzlage der Gemeindeanstalten aufrecht. Warum hat man denn sonst ständig die Grund- und Gebäudesteuer erhöht? Man hätte diese ganze Sache der gemeinsamen Kommission überlassen sollen.

Senator Eichenburg bleibt unverständlich. Senator Dr. Fehling: Es handelt sich hier doch nur um Vorschläge, die Sie ablehnen oder gutheißen können. Auch Vorschläge der gemeinsamen Kommissionen sind seitens der Bürgerschaft für diskutabel gehalten worden.

Brecht: Die interessanten Ausführungen des Herrn Dr. Ziehl stehen im Widerspruch mit seinen Grundfängen. Wir dürfen die beiden Budgets nicht so scharf scheiden. Es ist verkehrt, jetzt einen solchen Schritt, wie Dr. Ziehl ihn vorschlägt, zu thun. Ob wir 7 oder 6 Proz. Gebäudesteuer erheben, ist gleichgültig. (Große Entrüstungsrufe.) — Lassen Sie mich doch ausreden! — für das Ansehen nach außen. Ich bitte den Ziehl'schen Antrag abzulehnen.

Jenne: Die Lage der Verwaltungsbehörde ist eine ausgezeichnete. Die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer hat mit dem Budget selbst gar nichts zu thun. Der Bürgerausschuß stimmte ja auch nur auf scharf scharfweise dem Vorschlag des Senates zu. Der Vorschlag von Dite ist undurchführbar.

Scharff: Wir können vor der Erhöhung der Einkommensteuer nicht zurückweichen. Wir sollten aber die Grund- und Gebäudesteuer nicht immer schwanken lassen. Ich bin dafür, daß wir in diesem Jahre 6 Einheiten festlegen und die 100 000 Mk. für Schulbauten streichen. Der Etat ist nicht ungünstig.

Senator Schenburg bleibt unverständlich. Senator Dr. Fehling: In der gemeinsamen Kommission im Jahre 1899 sprachen Sie sich für eine Gebäudesteuer von 6,8 Proz. aus. Jetzt fordern wir 7 Proz. In Hamburg beträgt dieselbe 12 Proz.

Dobbertin: Warum sollen denn die Grundbesitzer allein leiden? Sie sind doch die - Exekutivbeamten der Behörde. Ich möchte den Vertretern der Landbevölkerung dringend ans Herz legen, die Frage zu erörtern, ob sie jetzt auch der Erhöhung zustimmen. Wenn Sie das thun, dann werden wir Ihnen alles aufbürden, was vom Senat kommt. (Heiterkeit.) Die Steuerkraft Lübecks ist nicht erschöpft; man möge nur die Steuern gerechter und gleichmäßiger vertheilen. Dieses ist hier keine Sache, wie es sein sollte. Eine noch progressivere Ausgestaltung der Einkommensteuer würde alle Defizite decken.

Senator Schenburg scheint gegen den Vorredner zu polemisieren. Oite: Wir sind auf einem verkehrten Wege, wenn wir die Grund- und Gebäudesteuer schwankend gestalten. Vielmehr muß die Einkommensteuer schwankend gehalten werden.

Senator Schenburg wendet sich gegen den Vorredner. Gussmann: Bei der Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer leidet nur der Grundbesitzer. Er ist gar nicht in der Lage, hierfür auch nur einen einzigen Pfennig vom Miether herauszuschlagen.

Bade-Schlup: Wir hauerlichen Vertreter wissen, was wir zu thun haben. Dr. Baethke: Nicht allein die Hausbesitzer, sondern auch die Miether leiden unter der Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer.

Dahms: Man sucht bei neuen Steuern immer die Leistungsfähigen Schultern; als solche können aber die Grundeigentümer nicht angesehen werden. Redner plädiert für eine progressive Ausgestaltung der Einkommensteuer. Senator Schenburg und Senator Fehling bleiben unverständlich.

Rosenquist wendet sich gegen Baethke. Stender ist für den Antrag Dr. Ziehl. Es sind im Budget noch manche Sachen, z. B. Sielbauabgabe nicht enthalten.

Senator Schenburg: Die Sielbauabgabe hat nichts mit dem Budget zu thun. Senator Dr. Fehling: Die Ausführungen des Herrn Stender sind vor Jahren von der Bürgerchaft gemißbilligt worden.

Dr. Baethke: Ich kenne ein bekanntes Mitglied der Bürgerchaft, daß sich von seinen Miethern alle Zuschläge zur Nutzungsteuer bezahlen läßt. Ein von Dr. Wichmann gestellter Schlußantrag findet Annahme. Die Generaldebatte ist geschlossen. In der Spezialdiskussion kommt

Baethke auf das langsame Arbeiten der Wassermeßerkommission zu sprechen. Der Vorsitzende erklärt, daß der Vorsitzende ihm gegenüber mögliche Beschleunigung zugesichert habe.

Pape: Die Kommission hat gerade jedes Jahr eine Sitzung abgehalten. Ich habe dem Vorsitzenden derselben erklärt, daß ich, wenn nicht bald eine Sitzung stattfindet, meinen Posten niederlegen würde.

Beim Kapitel „Schlachthof“ wird ein Antrag Fuß angenommen, nach welchem im Voranschlag für Einnahmen an Dung, Blut, Ferkeln und Fleischprobier-Anstalt statt 2500 nur 1500 Mk. eingestellt werden. Der Rest des Voranschlags wird nach unerheblichen Debatten genehmigt, damit ist auch die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer beschlossen.

4 Staatsbudget für das Jahr 1902 und Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Finanzlage des Staates. Hierzu beantragt der Senat im Einverständnis mit dem Bürgerausschuß zur Deckung des Fehlbetrages einen Zuschlag von 25 Prozent zur Einkommensteuer.

In der Spezialdebatte fragt Pape an, ob nicht auch bei den Bürgerchaftswahlen eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses erfolgen könne. Wenn auch keine Beeinflussungen wie in den ostelbischen Bezirken zu befürchten seien, so könne trotzdem auch hier von gewissen Beeinflussungen gesprochen werden.

Ich halte das für das Nothwendige, weil sich erfreulicherweise die Zahl der Bürger vermehrt hat und man unter Umständen diejenigen mit allen Mitteln fernhalten könnte, die man schon bei Erlaß der neuen Bestimmungen von der Theilnahme an der Bürgerchaft ausschließen wollte. Aus Furcht vor ihnen hat man ja nur das neue Gesetz erlassen.

Coleman wünscht einen besseren Platz für die Richterstatue der Presse, event. möge man ein Rednerpult anschaffen. Der Vorsitzende erklärt, daß hier vorläufig keine Abhilfe geschaffen werden könne. Hier ist es noch besser wie anderswo.

Senator Dr. Schenburg bleibt unverständlich. Heinrich Ziehl unterstützt die Anregung Papes. Wo wir eine geheime Wahl haben, stimme ich jeder Maßregel zu, die die Geheimhaltung garantiert. Es kommen Wahlbeeinflussungen von ganz anderer Seite vor, wo Herr Pape sie nicht vermuthet hat. (Sehr richtig!)

Der Wortführer giebt bekannt, daß beim Kap. „Diplomatische Vertretung“ ein von 102 Mitgliedern unterzeichneter Antrag eingegangen sei, nach welchem der Senat ersucht wird, im Bundesrath gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen.

Pastor Evers begründet diesen Antrag mit der Gefahr, die in der internationalen Organisation der Jesuiten liegt. Senator Schenburg erklärt, daß dieser Antrag den Anschauungen des Senates entspräche. Der Vertreter im Bundesrath habe den Antrag erhalten, gegen die Aufhebung des § 2 zu stimmen.

Hierauf zieht Evers seinen Antrag zurück und bittet, die Erläuterung des Senates in dem Protokoll zu vermerken. Beim Kapitel „Polizei- und Gefängniswesen“ rügt Pape, daß die Hülfsschulente bei festen Anstellungen nicht berücksichtigt würden. Ihm wird vom Senatsschreiber erwidert, daß nur Militäranwälter fest angestellt werden.

Dr. Neumann fragt an, wie es mit dem Zentralgefängnis stehe. Dr. Benda verspricht baldige Berichterstattung. Nach fernerer unwesentlichen Debatten, bei denen Pape die Lauenburger Entschädigungsangelegenheit kurz kreift, findet das Budget Annahme.

Bei der Berathung des Zuschlags zur Einkommensteuer bemerkt

Brecht, daß er den Standpunkt vertrete, nur die Einkommen von über 1200 Mark sollten von dem Zuschlag getroffen werden. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und auf die Aussichtslosigkeit wolle er keinen Antrag stellen.

Coleman bedauert, daß Brecht den Antrag nicht gestellt hat. Er hätte meine volle Sympathie. Bei der Berathung des neuen Bürgerrechtsgesetzes hat man den Leuten, die unter 1200 Mark verdienen, das Wahlrecht genommen. Schon damals hat man hierauf Bezug genommen. Redner beantragt, die Einkommen unter 1200 Mark vom Zuschlag zu befreien.

Senator Schenburg: Es ist nicht richtig, einseitig vorzugehen. Ich bitte den Antrag Coleman abzulehnen. Hahn beantragt, die Familienväter, welche heute schon Steuerermäßigung haben, vom Zuschlag zu befreien, sofern sie unter 1200 Mk. versteuern.

Pape bedauert ebenfalls, daß Brecht den Antrag zurückgezogen hat. Vielleicht hätten die ländlichen Vertreter dafür gestimmt. Redner ist der Meinung, daß diejenigen, die wahlrechtlos gemacht sind, steuerfrei bleiben, mindestens aber vom Zuschlag befreit sein müssen.

Je n erfragt, wie dann der Ausfall gedeckt werden solle. Hahn betont, daß derselbe bei Annahme seines Antrages nur gering sei. Pape: Die Deckung des Ausfalls könnte sehr leicht erfolgen; zur Berathung der Mittel und Wege bedürfte es aber einer längeren Debatte. Es ist aber schon 2 Uhr und deshalb nicht mehr möglich. Deshalb werden Sie den Senatsantrag einfach annehmen.

Coleman ergänzt seinen Antrag dahin, daß Einkommen über 1200 Mk. 25 pZt. Zuschlag zahlen sollen. Stender: Ich bitte Sie, sämtliche Abänderungsanträge abzulehnen. Derjenige, der etwas mehr als 1200 Mk. verdient, muß dann den Zuschlag bezahlen. Es ist nicht wahr, daß denjenigen, die nicht über 1200 Mk. verdienen, das Stimmrecht genommen ist. Da kann von einem „Rechtlosmachen“ gar nicht gesprochen werden. (Mosenquist ruft: „Jawohl, so ist es aber!“)

Nach einer kurzen Bemerkung Brechts wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Coleman wird gegen 9, der Antrag Hahn gegen 10 Stimmen abgelehnt und der Senatsantrag angenommen. Der Zuschlag beträgt also für alle Einkommen 25 pZt. Gleichfalls wird die Einsetzung der gemeinsamen Kommission beschlossen.

Die beiden letzten Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt. Schluß der Sitzung 2 Uhr 25 Min.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 16. März 1903.

Unsere Leser, welche noch im Besitz der Nr. 57 des „Volksbote“ vom 8. März cr. sind, in welchem sich der Artikel über die mecklenburgische Großherzogin-Mutter Anastasia befindet, werden höflich gebeten, dieselbe in unserer Expedition abzuliefern.

Soll die Straßenbahn verstaatlicht werden? Zwischen dem Senat und Verwaltung der Straßenbahn sollen schon seit längerer Zeit Unterhandlungen auf eine Verstaatlichung schweben. Dieselben sollen nun bereits so weit gediehen sein, daß auf ihren Abschluß sicher zu rechnen sein soll. Dem Verkaufspreise sollen die Betriebsergebnisse des Jahres 1901 zu Grunde gelegt worden sein. - Wir würden es nur mit Freuden begrüßen, wenn die Straßenbahn verstaatlicht würde. Ganz abgesehen davon, daß damit einer unserer dießbezüglichen Forderungen entsprochen werden würde. Es läge dieser Schritt insofern im Interesse unserer Stadt, als dann auf einen weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes gerechnet werden könnte. Es wäre z. B. jedenfalls Aussicht vorhanden, daß auch Moisling endlich elektrische Verbindung mit Lübeck erhalten würde! Auch mancher Vorstadt könnte von der Verstaatlichung profitieren. Hoffentlich bekräftigt sich nun die Meldung von der Verstaatlichung!

Zuzug von Arbeitern nach der Herrn Lohrmann in Lübeck gehörenden Fassfabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Wegen Urkundenfälschung stand Sonnabend der Geschäftsfreisende K. vor der Strafkammer. Derselbe suchte als angeblicher Vertreter einer Hamburger Kunstanstalt Frauen, deren Männer vor Kurzem verstorben waren, auf, und wollte sie veranlassen, ihm Bestellungen auf Vergrößerungen von Photographien zu übertragen. Drei hiesige Frauen gingen auch hierauf ein. Der Angeklagte sandte nun die drei Photographien an die Hamburger Firma ein. Diese nahm die Vergrößerungen vor und sandte dann die Sachen an K. Dieser aber konnte dieselben infolge Geldmangels nicht einlösen, so daß die drei Frauen ohne Bilder blieben und auch die Photographien nicht wiedererhalten konnten. Jetzt haben die Frauen die Bilder direkt von der Hamburger Firma erhalten. Das Vergehen des Angeklagten wird nun darin erblickt, daß er die Bestellscheine, um die Frauen zu täuschen, mit dem falschen Namen „Hansen“ unterzeichnete. Das Gericht verurtheilt K. wegen drei Fällen der Urkundenfälschung zu insgesamt 9 Wochen Gefängnis.

pb. Feuer in Curau. Am Nachmittag des 14. d. M. gegen 3 Uhr entstand in dem Lübeckischen Theil des Dorfes Curau ein Brand, welchem das ganze, einer in Lübeck wohnhaften Wittve gehörige Haus zum Opfer fiel. 5 Fuder Heu, 2 Fuder Stroh, sowie ein größerer Vorrath Schweinefleisch, Speck und Wurst, die in dem Räucherfathen von verschiedenen Personen zum Räuchern abgegeben waren, verbrannten. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde gestern Nachmittag in einer Herberge der Dieb, der in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. einen Einbruch in eine Villa zu Scharbeutz verübte, wobei ihm eine große Anzahl Wäschegegenstände, Steppdecken, Kleiderstücke und Küchengeräthe im Werthe von etwa 200 Mk. in die Hände fielen. Eine größere Anzahl Sachen wurden noch im Besitze des Diebes gefunden.

Parteienossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Lauenburg. Lohnbewegung der Tischler. Die hiesige Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes hat an die Tischlermeister die Forderung gestellt, vom 28. März ab einen Minimallohn von 33 Pf. pro Stunde zu zahlen. Außerdem wird die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister gefordert. Falls dies nicht bewilligt wird, soll am

28. März in den Ausstand getreten werden. Wie verlautet, wollen die Meister die Forderungen ablehnen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Tapezierer in Wandshel befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie stellen dieselbe Forderung wie ihre Hamburger Kollegen; die Meister aber wollen nur die 9stündige Arbeitszeit bewilligen. - Die Maler in Kiel hatten bekanntlich eine Lohnforderung an ihre Meister gestellt. Die Meister haben sich bereit erklärt, auf 5 Jahre einen Stundenlohn von 53 Pfg. zu bewilligen. Eine Versammlung der Gehälfen faßte nun den Beschluß, bei der bisherigen Forderung: für die nächsten drei Jahre 53 Pfg. und für die nächsten beiden folgenden Jahre 55 Pfg. Lohn pro Stunde, strikte festzuhalten. - In Gravenstein b. Flensburg beabsichtigten die Maurer bereits im vorigen Herbst, den Bauunternehmern Forderungen zu unterbreiten. Jetzt erst wurde die Absicht zur Thatfache. Bisher wurden Stundenlöhne von 40 und 45 Pf. bezahlt. Die gestellte Forderung betrifft einen Einheitslohn von 48 Pfg. pro Stunde. Bei Ueberlandarbeit soll ein Zuschlag von 3 Pfg. pro Stunde gezahlt werden. Ferner wird die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit gefordert. Da die Forderungen nicht bewilligt wurden, haben die Maurer die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten! - Die Arbeiter der Laufabrik in Wegesack sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert wird 10stündige Arbeitszeit, 3 pZt. Lohnzuschlag pro Woche, Festsetzung eines Minimallohnes von 30 Pfg. für Seiler und Klempfänger, für Arbeiter 28 Pfg., für Arbeiterinnen 18 Pfg. - Die Maler-gehälfen von Bant und Umgegend sind in einer Stärke von 97 Mann in den Ausstand getreten. Die Forderungen sind hauptsächlich 45 Pfg. Stundenlohn und 9stündige Arbeitszeit außer einigen Forderungen untergeordneter Natur.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Beim Neubau der Pignier'schen Sägefabrik in Maritz (Mecklenburg) stürzte die noch nicht untermauerte Balkenlage Sonnabend auf zwei bei der Fundamentierung beschäftigte Maurer nieder. Der eine wurde im Kreuz lebensgefährlich verletzt, der andere erlitt eine Verstauchung des Beines.

Daffow. Wegen Verleitung zum Meineid stand die bisher unbestrafte Zimmererhefrau Elise Geise von hier in Schwerin vor der Strafkammer. Die Angeklagte hatte im vorigen Jahre gegen den Armenvorsteher Stehr zu Daffow in Gegenwart mehrerer Personen über die Neueinrichtung und Eröffnung des Armenhauses und weiter über das ganze Armenkollegium beleidigende Aeußerungen gemacht, weswegen sie vom Schöffengericht zu 5 Tagen Gefängnis verurtheilt wurde. An dem Tage, an welchem ihr vom Amtsgerichte in Grewesmühlen die Einladung zum Termin zugegangen war, machte sie den beiden Leuten, welche die infirmirten Aeußerungen mit angehört hatten und deshalb als Zeugen geladen waren, einen Besuch. Es waren dies die Arbeiter Kelling und Hecht. Die Männer waren jedoch nicht zu Hause und so waudte sich die Angeklagte denn an deren Frauen und äußerte nun zu diesen und zwar mit ziemlich denselben Worten: „daß ihre Männer in dem Termin etwas anders und zu ihren Gunsten aussagen möchten, sie sollten nicht gerade so aussagen, wie sie gehört hätten.“ Die Angeklagte versuchte, ihre Aeußerungen zu verjähern; sie wurde indeß als völlig überführt angesehen und in eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr verurtheilt.

Bremheraben. Vom Lloyd. Infolge der am Sonnabend von dem „Norddeutschen Lloyd“ erlassenen Anordnung wurden Montag früh die sämtlichen bisherigen Gänge der Ladungs- und Kohlenarbeiter aufgelöst und neue Gänge gebildet. Die Arbeiter hatten sich vollzählig an den Arbeitsstellen eingefunden. Die Durchführung der Anordnung vollzog sich ohne jede Störung, indem die Vorarbeiter die ihnen geeignet erscheinenden Leute auswählten und daraus neue Gänge bildeten.

Lübecker Stadttheater.

„Das Rheingold“ von R. Wagner. Herr Dr. Otto Briesemeister, der bekannte Bayreuther Sänger, sicherte durch seine Mitwirkung als Loge der Montag-Aufführung ein erhöhtes Interesse. Der Feuertott, der an Klugheit, List und Verschlagenheit die jogen. seligen Götter Wotan usw. weit übertrifft, verlangt einen außerordentlich gewandten und beweglichen Künstler als Vertreter, wenn man die Bedeutung dieser Rolle ganz erkennen soll. Herr Briesemeister ist nun ein Sänger, der die genügende Befähigung und noch etwas mehr besitzt. In allen seinen Bewegungen suchte und flackerte es, aus seinem Antlitz konnte man die Verschlagenheit lesen, sein Mienenpiel war interessant und charakteristisch. Doch nicht nur die Darstellung war bedeutend; auch sympathische Stimmmittel sind dem Gaste eigen und erhoben den Gesamteindruck der Leistung außerordentlich. - Durch einen Unfall wäre übrigens die ganze Vorstellung beinahe unmöglich geworden. Nachdem eben das musikalische Vorspiel begonnen hatte, gerieth nämlich der eine der für die Rheindichter bestimmten Schwimmparate in Unordnung, und Fr. Bartels, welche die Floßhölzer zu singen hatte, stürzte aus einer Höhe von etwa 3 Metern herab. Herr Dr. Meyer, der im Theater anwesend war, bemühte sich sofort um die Verletzte, die dann, nachdem sie sich insofern erholt hatte, mittelst Droschke ihrer Wohnung geführt wurde. Welcher Art die Verletzungen sind, konnten wir nicht ermitteln. Öffentlich erholt sich jedoch die begabte junge Dame recht bald wieder von ihrem Sturze. Um nun trotz des Unfalles die Vorstellung zu ermöglichen, sprang Fr. Willshauer, die im Uebrigen die Frida zu singen hatte, bereitwillig ein. Ihr wurde somit die schwere Aufgabe zu Theil, an einem Abend drei Rollen zu geben: die Floßhölzer, die Erda (welche Fr. Bartels auch noch zu bewältigen hatte) und die Frida. Es sei Lobend anerkannt, daß die Künstlerin mit Geduld ihre ganzen Kräfte für die schwierige Aufgabe einsetzte.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Fünffacher Mord und Selbstmord. Eine fürchterliche Familientragödie hat sich Montag früh in der Wallisadenstraße 77-78 abgepielt. Der Gattinrich Traugott Metz vergiftete sich, seine Frau und drei Kinder im Alter von 4, 6 und 14 Jahren, während er seinen 16jährigen, geistig nicht ganz normalen Sohn am Leben ließ und der Fürsorge der Mitmenschen empfahl. Motiv: Nahrungsjorgen.

Galle a. S. Speicherbrand. Der große Südbrandische Lagerpeicher in der Delfischerstraße ist Montag Vormittag niedergebrennt 8000 Zentner Butter der Butterraffinerie Halle, mehrere tausend Zentner Getreide, ein Lampenlager und mehrere andere Lager wurden durch das Feuer vernichtet. Die Waaren sind versichert.

Fulda. Auf der Straßermordet. Der Gezeheim aus Gießen wurde Montag Nacht in der Kohlhauserstraße von dem Arbeiter Esser im Streite erschossen.

Gesucht von ordentl. Leuten eine Wohnung im Preise von 160-180 M. in der Nähe des Dönhofs oder Mitte der Stadt.
Off u S D an die Exped. d. Bl.

Ein größerer Junge

zur Aushilfe gesucht.
Zu erfragen Glockengießerstraße 67.

Gesucht zu sof. Mädchen od. Frau

Krankheitshalber, Woche 5 M. und Kost
Güterdam 10.

Zu kaufen gesucht in der Elswigstraße

ein Privatgrundstück od. Bauplatz.
Off u A 66 an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein Kinderwagen, Sopha-

tisch und ein fast neues Sommer-Jacket,
passend für Konfirmandin
Georgstraße 15 a, p.

Eine gute eiserne Kinderbettstelle

mit Zubehör
Untertrave 64.

Konfirmanden-Mädchen-Schube

Rest gute
Untertrave 64

Ein unterhaltener Kinderwagen

zu verkaufen
Reiserstraße 40, I.

Guter Winterboden

kann jetzt unentgeltlich abgefahren werden vom
Bauplatz
Attendorferstraße 12.

Frau Sauer wohnt Finkenb. u.

Wegen Ueberfüllung unserer großen Läger verkaufen wir nachstehende Waaren
sehr billig:

- 10000 Str. prima Magnum bonum,
- 200 " rothe Nierenkartoffeln,
- 2000 " feinste Lauenburger Eierkartoffeln,
- 200 " frühe Rosenkartoffeln,
- 200 " feinste früheste lange gelbe Paulsen's Zulne,
- 200 " Futterkartoffeln,
- 15000 Stangen Ia. starken Meerrettig,
- 100 Str. feinste Rothe Beeten,
- 10000 Kopf großen festen Weißkohl,
- 3000 " " " Rothkohl,
- 100 Str. feinste gelbe Steckrüben,
- 100 " feinste blanke gesunde Speisewiebeln.

Spethmann & Fischer
en gros und en detail
59 Beckergrube 59.

Auf Abzahlung
Möblien, Spiegel, Polsterwaren
bei Abzahlung nach Uebereinkunft.
23 Marlesgrube 23.

Wolken- u. Abfallmilch
kann abgeholt werden.
Hansa-Meierei.

Zur Konfirmation
empfehlen
unsere prächtvollen Gratulations-Karten
in großer Auswahl und zu verschiedenen Preisen.
Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sozialdemokratischer Verein.
Märzfeier 1903

Bestehend in
Konzert, Gedächtnissrede und Aufführung von lebenden Bildern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins
und turnerische Aufführungen des Arbeiter-Turn-Vereins
am Mittwoch den 18. März im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstr. 50-52.
Gedächtnissrede gehalten vom Genossen J. Stelling.
Anfang 8 1/2 Uhr. Saalöffnung 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pfg.
Karten sind zu haben: Im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52, bei C. Wittfoot, Hüßstraße 18, in der Exped. des „Lib. Volksboten“ und bei sämtlichen Bezirksführern und Komiteemitgliedern.

Die Nord-Wacht.

Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werththätige Volk Nordwestdeutschlands.
Preis monatl. 50 Pfg., viertelj. 1,50 M.
Redaktion u. Exped.: Bant, Neue Wiltz.-Str. 82
Postzeitungsliste Nr. 5820

Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. * * *
Probenummern stehen zur Verfügung.

Geschäfts-Übernahme.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich das seit Jahren in der Elswigstraße betriebene
Kolonial- u. Fettwaaren-Geschäft
von Herrn F. Böttcher
käuflich übernommen habe.
Gute Waare und prompte Bedienung zusichernd, bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Karl H. Fick.

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum die ergebene Mittheilung, daß ich das
Weiss-, Woll- u. Kurzwaarengeschäft
der Frau Johanna Luckmann
Friedenstraße Nr. 83, käuflich übernommen habe.
Stets reelle und prompte Bedienung versprechend, bitte ich, das meiner Vorgängerin geschenkte Vertrauen auf mich zu übertragen und zeichne
hochachtungsvoll
Louise Geisselbrecht Wwe.



Verkauf in Gebinden u. Flaschen: Gr. Gröpelgrube 23
und in vielen einflussreichen Geschäften.

Stützen und Säubern Vorsugspreise.

Große Auswahl
in
Gefellen-, Reise- u. Handkoffern
zu ganz besonders billigen Preisen.
38 Marlesgrube 38.

Oeffentliche
Versammlung
der Maler Lübeck
am Donnerstag den 19. März 1903
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Bericht des Gesellen-Ausschusses.
Es zeigen in Pflicht aller Kollegen
Der Altgenosse.

Achtung Maurer!
Wegen Märzfeier fällt die Versammlung aus.
Der Vorstand.

Die Heils-Armee.
Große Versammlung
mit Gesangsvorträgen
am Mittwoch den 18. März, 8 1/4 Uhr,
im Lokale Transvaal
in Schwartau.

Am Freitag den 20. März
in Lübeck, Fischstr. 28:
Große Extra-Versammlung
mit Kinder-Aufführung.
Sehrern. freundslich eingeladen. Eintritt 10 Pfg.

Literarische Gesellschaft.
Lübecker Leseabend von 1890.
3. literarischer Volksabend
am Sonntag, 22. März, Abends 7 1/2 Uhr,
im „Zirkus Reuterkrug.“

Emanuel Geibel-Abend.
Vortrag, Vorlesung und Liedervorträge.
Eintrittskarten zu 20 Pfg.
bei W. Behlendorf, Huxstrasse 71; F. W. Kaibel, Breitestr. 35; F. Nagel, Markt 14; F. Rittscher, Reuterkrug; F. Sager, Kohlmarkt 3; C. Wittfoot, Huxstrasse 18, und an der Abendkasse.

Panorama
(Zentrale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt
Schweden.

Stadttheater.
Mittwoch den 18. März, 7 1/2 Uhr.
171. Vorstellung. 149. Ab. Vorst. 24. Mittwoch-Ab.
Bei ermäßigten Preisen.
Zu bunten Kost. Nach: Ein Ehrenhandel.
Kupf. v. Schönthan u. Schlicht. Kupf. v. Falda.
Donnerstag: Martha.
Freitag (Benefiz. Vorst.): Der Obersteiger.

Verantwortlicher Redakteur für den germanischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lied und Musikgeschichte“, sowie des mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lied und Musikgeschichte“, sowie des mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Berleger: Theodor Schwarz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckerei in Lübeck.

Ein Ruhmestitel für die deutsche Industrie.

Die neue Handelskammer zu Berlin tritt mit einem Jahresbericht für 1902 an die Öffentlichkeit, der eine ganze Reihe verwunderlicher Behauptungen aufstellt. Die merkwürdigste ist jedenfalls die Behauptung, daß die Steigerung des Exportes im Jahre 1902 einen Ruhmestitel für die deutsche Industrie bedeute. Nachdem der Jahresbericht ziffernmäßig die Steigerung der Ausfuhr nachgewiesen hat, fährt er fort: „Es giebt schwerlich eine Thatsache, die geeignet wäre, mit gleicher Eindringlichkeit unsere Gesetzgeber darauf hinzuweisen, wo die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes liegt; eine Handelspolitik, die sich dieser Einsicht verschließt, würde die Quellen des nationalen Wohlstandes verschütten. Die unschätzbare Bedeutung, die der deutsche Export für die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes besitzt, tritt aber erst ins rechte Licht, wenn man die Art dieser Güterbewegung betrachtet: Die größten Ziffern weisen diejenigen Ausfuhrartikel auf, an deren Erzeugung die Arbeitslöhne in relativ bedeutendstem Grade beteiligt sind.“ Dem Verfasser des Jahresberichts scheint es ganz und gar entgangen zu sein, unter welchen Umständen die Exportsteigerung während der Jahre 1901 und 1902 erfolgt ist. Die gewaltige Abnahme der Kaufkraft der inländischen Bevölkerung stellte die industriellen Werke vor die Alternative, entweder ihren Betrieb in weitgehendem Grade einzuschränken oder gar stillzulegen, oder aber einen großen Teil der Erzeugung ins Ausland abzuführen. Nun liegt jedenfalls darin, daß der inländische Konsum so stark zurückgehen mußte, die Hauptursache des deutschen Wirtschaftsliebens, für die die Schuld bis zu einem gewissen Grade diejenigen Kreise zu tragen haben, die in den Jahren des Aufschwungs aus Spekulations- und Unternehmungslust eine unheilvolle Spannung zwischen Produktion und Verbrauch geschaffen haben. Als die Folgen dieser Spannung in der Krise zu Tage traten, da war es keineswegs eine verdienstvolle That, daß man sich mehr als in den Jahren vorher, vor der Export direkt veranlaßt worden war, den ausländischen Absatzgebieten wieder zuwandte, sondern es war einfach ein Akt der Verzweiflung, um noch schlimmere Folgen für das heimische Wirtschaftsleben hintan zu halten. Damit ist aber die nachteilige Seite der Exportpolitik der letzten Jahre noch lange nicht erschöpft. Es soll nicht geleugnet werden, daß, nachdem einmal die Krise vorhanden war, das Ausfuhrmittel, den Export zu forcieren, das einzige Mittel war, die Beschäftigungsmöglichkeit im Lande nicht noch weiter zurückgehen zu lassen. Aber man übersehe doch nicht die schwerwiegende Thatsache, daß die Waaren nach dem Auslande zu Breiten verkauft wurden, die kaum die Herstellungskosten deckten, vielfach sogar verlustbringend waren. Die sogenannten „schweren Industrien“ gingen ja sogar so weit, eine besondere Abrechnungsstelle für Ausfuhr zu errichten, bei der die angeschlossen Mitglieder für ihre ausgeführten Waaren besondere Ausfuhrvergütungen erhielten, da andernfalls die gewaltige Steigerung des Exports ganz ausgeschlossen gewesen wäre. Diese Exportprämien aber wurden gezahlt aus den Erträgen, die der heimische Markt brachte. Der an und für sich schon erheblich geschwächte Inlandkonsum wurde also weiter belastet, um dem Auslande die Waare unter oder zu den Herstellungskosten anzubieten. Der große Export des Jahres 1902 war also möglich, einerseits durch eine Schädigung des Arbeitsmarktes, indem, auf den Kopf des Arbeiters berechnet, weit geringere Lohnsummen gezahlt wurden, als während der früheren Jahre, andererseits durch eine Extrabelastung des Inlandsmarktes, die um so verhängnisvoller wirken mußte, als dieser einer starken Krise ausgesetzt war. Unter diesen Umständen kann vom Standpunkte der Arbeiter die Exportpolitik der deutschen Industrie während der letzten Jahre nur im höchsten Grade verurteilt werden. Es ist daher ein starkes Stück, die im Jahre 1902 erzielte Export-

steigerung der deutschen Industrie als ein Verdienst anrechnen zu wollen. Nicht nur vom Standpunkte des Arbeitsmarktes, sondern auch von dem der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist ein Export auf einer die Arbeiter durchaus schädigenden Grundlage zu bekämpfen. Die Macht Deutschlands, seinen Absatz im Weltmarkt zu vergrößern, wurde schon oft dadurch befriedigt, daß der Export nur auf Kosten der Kräfte des eigenen Wirtschaftskörpers erfolgte. Daß speziell der Export der deutschen Industrie oft nur infolge der niedrigen Löhne der deutschen Arbeiter zunahm, ist ja von deutschen Industriellen früher schon oft zugegeben worden. So führte z. B. der Freiherr v. Hül auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1890 aus: „Wir in Deutschland haben unsere Industrie zum Nachteil der englischen, welche unter der Herrschaft der Trade Unions steht, wesentlich entwickelt, weil überall da, wo die englischen Unions die Löhne über Gebühr hinaufgetrieben hatten, wir in der Lage waren, den Engländern Konkurrenz machen zu können, zum Vortheile unserer Arbeiter, zum Nachtheile der englischen Trade Unions.“ Eine derartige Exportpolitik wird aber von der national ökonomischen Wissenschaft fast einstimmig, auch von liberalen Wirtschaftspolitikern, in höchstem Grade gemißbilligt. So wies Schmoller schon vor mehr als einem Jahrzehnt darauf hin, daß eine einseitige Entwicklung der Exportindustrie ihre Schattenseiten habe, daß sie einzelnen großen Häusern die größten Gewinne, aber den Arbeitern die ungleichmäßigste Beschäftigung, den ungleichmäßigsten Lohn bringe, damit die soziale Unzufriedenheit und die Härte der Krise am meisten steigere. Und selbst Brentano schrieb vor 20 Jahren über die auch gegenwärtig gültige Art des Exports ganz richtig: „Wo die Produktion auf Kosten der Arbeiter zunimmt, zwingen die Fabrikanten sich selbst, zur Entdeckung neuer Märkte in die Ferne zu schweifen, während, wenn die Kaufkraft der Massen entwickelt würde, wenn ihre Bedürfnisse mittelst der überfließenden Produkte ihrer Arbeit befriedigt würden, ein viel sicherer und regelmäßiger Markt ganz nahe läge. Mag die Verkaufsfähigkeit der Fabrikanten sich dann hundertfältig vergrößern, so erkiden sie doch gleichzeitig ihre zukünftige Kundschaft im Keim, und als Resultat erleben wir zuletzt auf der einen Seite eine stets zunehmende Masse unverkäuflicher Produkte und auf der anderen eine gleiche von darbenenden Arbeitern und von unverkäuflicher Arbeit.“ Und endlich widmet Hertner in seiner Schrift: „Die soziale Reform als Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts“ den Folgen der von ihm genannten „Ueberausfuhr“ ein besonderes Kapitel, in dem er ausführt, daß die Hypertrophie der Ausfuhr von einer äußerst schädlichen Rückwirkung auf die Gestaltung des Inlandsmarktes und namentlich der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist. Ein ungeheurer Export hat aber 1901 und 1902 stattgefunden. Denn nicht wir, sondern das Ausland hat an uns verdient. („Müch. Post.“)

Lohnes für verantwortliche Arbeiter um 20 Proz., für nicht verantwortliche Arbeiter mindestens 8 Pct. wöchentlich, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister gegen entsprechende Vergütung.

In der Berliner Holzindustrie stehen abermals Lohnkämpfe bevor. Die an den Holzbearbeitungs- und maschinen thätigen Arbeiter sind in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten und verlangen außer einer Lohn-erhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit. Bei sechs Firmen haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. In vielen anderen Betrieben verweigern die Arbeiter die Anfertigung von Arbeiten, von denen sie annehmen, daß diese aus den gesperrten Betrieben stammen. Verhandlungen, die zur Beseitigung des Ausstandes eingeleitet worden sind, hatten bisher kein Ergebnis.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Neustadt bei Koburg ist jetzt nach zehnmönatiger Dauer erfolglos zu Ende gegangen. Der Verband hat 30 000 Mark Unterstützungsgelder gesteuert. Ein Teil der Arbeiter verzog inzwischen nach anderen Orten, der andere mußte sich anderweitige Beschäftigung verschaffen, und die Letzten werden jetzt zu den früheren Bedingungen bei den Fabrikanten wieder in Arbeit gehen. — Unter solchen Bedingungen hätte der Streik sicher auch schon viel früher beendet werden können.

Die Mansfelder Kupferhändler bauende Gewerkschaft läßt in die Welt hinaustelegraphieren, daß sie mit Rücksicht auf die seit einiger Zeit eingetretene Steigerung des Kupferpreises Anfang April eine Erhöhung der Arbeitslöhne vornehmen will. Die Löhne wurden seiner Zeit, als das Sinken der Kupferpreise den Ertrag des Werkes stark beeinträchtigte, bedeutend reduziert. Wenn jetzt die Kupferpreise wieder gestiegen sind, so ist es nur am Platze, daß auch die Arbeitslöhne erhöht werden. Vor den Reichstagswahlen muß ja auch noch etwas Stimmung für den Silberwährungsmann Arndt, den Nachfolger des verstorbenen Leiters der Mansfelder Gewerkschaft, Deuschner, im Reichstagsmandat gemacht werden.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker fordert in einem Aufruf die Gehilfen, welche in nicht tarifierten Druckereien arbeiten, auf, am 21. März bei ihren Prinzipalen die Einführung und schriftliche Anerkennung des Tarifes zu beantragen. Von den Ergebnissen ihres Vorgehens ist das gemeinsame Tarifamt zu Berlin umgehend in Kenntnis zu setzen. Dieses soll, wo die Forderung abgelehnt ist, zunächst nochmals eine Vermittelung versuchen, und, wo dieser Versuch fruchtlos bleibt, ist dann die Arbeit niedzuliegen. Die tariflichen Arbeitsnachweise sind angewiesen, die durch ihr Eintreten für den Tarif arbeitslos Gewordenen in erster Linie unterzubringen.

Stanz den Fensterputzern fordert die Ortsverwaltung Berlin II des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter. Diese hat zur Generalversammlung folgenden Antrag gestellt: „Um den in letzter Zeit überhand nehmenden Unfällen im Beruf vorzubeugen, werden die Ortsverwaltungen der Orte, die zu ihrer Mitgliedschaft Fensterputzer zählen, beauftragt, die Polizeibehörden aufzufordern, eine Polizeiverordnung dahingehend zu erlassen, daß in öffentlichen Gebäuden, Waarenhäusern, Fabriken usw. Fenster, Oberlichter u. so eingerichtet werden müssen, daß sie beim Reinigen sich nach innen öffnen lassen. Wo dies nicht durchführbar ist, darf die Reinigung nur mittels feststehender Künstung oder mechanischer Leitern unter Benutzung von Schutzvorrichtungen ausgeführt werden.“

Die internationale Seemanns-Konferenz, die für August d. J. in Amsterdam geplant war, ist auf Antrag der deutschen Organisation bis August 1904 vertagt worden. Desgleichen wird der nächste internationale Transportarbeiter-Kongress, anstatt in Deutschland, ebenfalls im August 1904 in Amsterdam tagen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Linden (Hannover) siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 3346

Soziales und Varietäten.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Leipziger Dackdecker sind in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten. — In der Maschinenfabrik von J. C. Hartung in Langensalza ist sämtlichen Holz- und Metallarbeitern gekündigt worden. — Die bei der Straßenbahn-Anlage in Helldorf angestellten schwedischen Arbeiter haben am 11. März die Arbeit eingestellt. Sie verlangen, daß ihr Stundenlohn von 27 auf 35 Dore erhöht werde. Die Firma Siemens u. Halske hat ihnen jetzt 28 Dore Stundenlohn angeboten. — Die Zimmerer in Graz (Oesterreich) haben eine Lohnbewegung eingeleitet. Sie fordern einen Mindestlohn von 3 Kronen 20 Heller pro Tag, 1 1/2 stündige Mittagspause, 50 Proz. Zuschlag für Ueberstunden, Anerkennung der Organisation. — Die Bäcker-Arbeiter in Villach (Oesterreich), die in eine Lohnbewegung eingetreten sind, fordern Erhöhung des

Schlechter Verstand.

Kriminal-Novelle von Karl Ed. Klopfer.

(Nachdruck verboten.)

„Seien Sie versichert, lieber Ferdinand, daß ich nichts lieber sehen würde, als die Erfüllung Ihres Herzenswunsches, aber wie die Dinge liegen — wenigstens heute noch liegen — dürfen wir uns nicht allzusehr in Hoffnungen wiegen. Doch: kommt Zeit, kommt Rath, und ich bin überzeugt, wir haben noch lange nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen. Sie sind doch auch ein viel zu kluger Geschäftsmann, um nicht zu wissen, daß es für Alles und Jedes einen gewissen günstigen Zeitpunkt giebt, den abzuwarten eine leichte Kunst ist, die freilich aber trotzdem nicht Jedem zu eigen ist. Also — warten wir, mein lieber junger Freund!“

So sprach Herr Magnus Sendler, der angesehenste Hopfenhändler seines Heimatsstädtchens und Theilhaber der renommierten Firma F. M. Sendler u. Comp. Derjenige, an den diese Worte gerichtet waren, war ein junger, kräftiger Mann, Herr Ferdinand Weller, sein Associé, der eben die zweite Hälfte der Firma „u. Comp.“ repräsentirte. Eigentümlich aber mußte er diesen Kompagnietitel als eine Erbschaft betrachten, denn sein Vater war es gewesen, der mit Herrn Johann Magnus Sendler das Hopfenhaus gegründet und dem einzigen Sohne den Geschäftsanteil hinterlassen hatte. Und Ferdinand bewährte sich als der würdige Nachfolger des Verstorbenen, so daß Herr Sendler keinen Grund fand, die geschäftliche Gemeinschaft aufzulösen. Der Altersunterschied zwischen dem Sechsziger und dem angehenden Dreißiger erwies sich nicht nur als kein Hinderniß eines erprobten Zusammenwirkens, sondern Herr Sendler fand sogar, daß die frische, jugendliche Thätigkeit, die sich aus den geistigen Fähigkeiten des jüngeren Kaufmanns ergab, seine eigenen, die und da etwas antiquirten An-

schauungen nur zu unterstützen und zu ergänzen geeignet war. So konnte es als kein Wunder erscheinen, daß die Firma in ihrer neuen Gestalt fast noch besser gedieh, als vordem, und daß zwischen den beiden Chefs das schönste Einvernehmen herrschte. Dieses Einvernehmen suchten Beide noch zu verstärken — durch ein Produkt, das eben den Gegenstand ihrer heutigen Unterredung bildete.

Hatte der verstorbene Herr Weller nur einen Sohn hinterlassen, so war ihm sein Kompagnon darin ähnlich, daß er, dem der Kindersegen in seiner ersten, zwölfsährigen Ehe, versagt geblieben, auch von seiner zweiten Gattin nur mit einem einzigen Kinde beschenkt wurde, ein zartes, schönes Mädchen, dessen hoffnungsvolles Emporklühen den Trost in seiner zweiten Wittwenschaft bildete. Konnte er nicht mehr Gatte sein, so widmete er sich dafür mit verdoppelter Hingebung seiner Aufgabe als Vater und fand seine Bärtlichkeit darin, seinen gemüthlichen Stolz auch reichlich belohnt. Und just zur selben Zeit, als seine geliebte Tochter Marie die Schwelle zwischen Kind und Jungfrau erreicht hatte, trat Herr Sendler durch den Tod seines Freundes und Kompagnons zu dessen Sohn in engere Beziehungen, die ebenfalls einem väterlichen Verhältnisse gleichen. So war es geradezu selbstverständlich, daß der biedere Kaufherr allmählig auf die Idee kommen mußte, seine zweite Waterschaft dadurch noch inniger zu gestalten, indem er den Plan in's Auge faßte, Ferdinand und Marie durch ein Ehegeloßniß miteinander zu verbinden. Denselben Plan hatte auch der junge Associé bereits gefaßt und ihn mit feurigem Angehien verfolgt — mit welchem Resultate jedoch, das mag eben aus dem momentanen Zwiespräch der beiden Herren hervorgehen, die sich heute während der Mittagspause im Privatkomptoir des älteren Chefs zusammengefunden haben, um dem bedeutungsvollen Gegenstande einen eingehenden Meinungsaustausch zu widmen.

„Ja, wie gesagt,“ fuhr Herr Sendler in seinen etwas zögerlich entworfenen Ausführungen fort, „Sie sehen mich

selbst in einer gewissen Verlegenheit, denn ich dachte mir, aufrichtig gesagt, die ganze Geschichte viel leichter. Sie haben Mariechen schon als kleines Kind zur Spielgefährtin gehabt und sich mit ihr so prächtig vertragen, daß zwischen Ihrem Vater und mir schon vor langen Jahren eine Art stillschweigenden Paktes in Betreff unserer Kinder zu Stande kam. Als Sie durch den Tod meines Freundes von Ihrer kaufmännischen Stellung in Bamberg abgerufen wurden und die Gespielin nach vierjähriger Trennung wiedersehen, schien das kindliche Verhältniß — mit dem Verlust des einstigen traulichen Duwortes freilich etwas an Innigkeit eingebüßt zu haben, aber — Marie ist ja eben kein Kind mehr, und doch in anderer Beziehung noch so viel Kind, daß man sie nicht zu einer raschen Entscheidung in Betreff ihrer Herzenswahl drängen darf. Das muß sich ganz von selbst fügen, sie darf gar nicht in Kenntniß gesetzt werden von unseren Projekten, sonst machen wir sie am Ende noch topfschneid. Sie könnte sich zu einer sehr trostigen Mädchenopposition aufmachen lassen, wenn sie unsere Absichten merkt.“

„Aber Sie gestehen doch selbst,“ bemerkte der junge Mann unmutig, „daß Sie einiges Verständniß für unsere Vereinbarung bei Marie erwarteten?“

„Ja, ja, aber ich mußte eben erfahren, daß oft der eigene Vater so ein launenhaftes Mädchenherz nicht zu berechnen vermag. Haha, es ist eine eigene Sache mit den Weibern! Dieses Geschlecht zeigt schon in seinem zartesten Blüthenalter die angekommenen Eigenthümlichkeiten. — Sie sind überzeugt, wir würden alls verderben, wollten wir sie heute schon in unsere Pläne einweisen. Wir müssen die Zeit walten lassen! — Nähern Sie sich ihr mit jedem Tage mehr, jagen Sie selbst ihr Herz zu ergründen, lehren Sie sie — Ihr Wesen verstehen und lieben, dann braucht es gar keine Einwirkung von meiner Seite mehr. Ich habe heute bei unserer diesbezüglichen kleinen Unterredung, gleich gemerkt, daß sich ihre angeborene weibliche Widerstandslust dagegen

Stimmen gegen 464 vereinigte christlich kirchlich-Dunder'sche Stimmen.

Bei den Bürgerauswahlgewahlen in Springen bei Rorzhheim gewannen unsere Parteigenossen die Mandate in der dritten Klasse. Zwei weitere Sozialdemokraten wurden in der zweiten Klasse gewählt, und nur drei Stimmen fehlten, um auch diese Klasse ganz zu nehmen. Unter den Gewählten der ersten Klasse befanden sich ebenfalls 2 Sozialdemokraten.

Die Solinger „Arbeiterstimme“ vor Gericht. Wegen angeblicher Beleidigung der Besitzerin des Kreisblattes sowie des Redakteurs desselben wurde Genosse Dittmann vom Schöffengericht in Solingen zu 7 Wochen Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt; seine Widerklage wurde abgewiesen. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Die Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg hielt am 11. März ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer von Elm erbatte zunächst den Geschäftsbericht. Nach demselben hat sich der Absatz im letzten Jahre um 35 Proz. gegenüber dem Vorjahre gesteigert; im Jahre 1902 wurden im Ganzen 8400 Tille Zigarren verkauft. Den wesentlichsten Antheil an der Steigerung des Absatzes haben die Konsumvereine, welche 1901 für nur 110 000 Mk., 1902 dagegen für annähernd 170 000 Mark Waaren bezogen. Die Steigerung des Absatzes entfällt hauptsächlich auf zwei Preislagen — auf die gangbarsten billigsten Zigarren, von welchen 80 Proz. mehr als im Vorjahre abgesetzt wurden, und auf die 2-er Zigarren, bei welchen der Absatz sich vervielfachte. An Gehältern, Speifen und sonstigen Entlohnungen wurde durch die bedeutende Steigerung des Absatzes im Durchschnitt pro Tille eine wesentliche Ersparnis erzielt und zwar von 1,20 Mk.; trotz alledem ist das Geschäftsergebnis kein gleich günstiges wie im Vorjahre. Während der Konsumvereine im letzten Jahre eine Rückvergütung von 3 Proz. auf die von ihnen gezahlten Preise und den Arbeitern 3 Proz. Zuschlag auf die ihnen gezahlten Löhne gezahlt werden konnte, können in diesem Jahre an Waarenrückvergütung und Lohnzuschlag nur 2 Proz. gewährt werden. Die Ursache hierfür liegt in den ungünstigen Verhältnissen auf dem Tabakmarkt. Der Mehrweg des Umsatzes entsprechend mußten Räume hinzugemietet werden; in der Hamburger Fabrik sind die vorhandenen Fotiräume voll ausgenutzt, in der Frankfurter Fabrik ist noch Raum für 10 Arbeiter verfügbar. Beschäftigt wurden in Hamburg 72 Personen, in Frankenberg 110. v. Ein erörterte sodann die Kreditverhältnisse der Genossenschaft, die durchaus befriedigende seien, und besprach sodann die einzelnen Arbeiter und Angehörigen im Laufe des Jahres bewilligten Löhnerhöhungen. Das Geschäftsergebnis-Konto der Mitglieder betrug im Jahre 1901 10 478,40 Mk., im Jahre 1902 15 175,03 Mk. Die Verrechnung der Geschäftsergebnisse ist in erster Linie auf den Beitritt zu vier Konsumvereine zurückzuführen. Das Betriebskapital der Genossenschaft (Kapital-Konto und Reservefonds) beträgt inkl. der Zinsen und Zinsen vom letzten Jahr 102 539 Mk. Bemerkenswert ist noch, daß die Genossenschaft im letzten Jahre allein an Tabak 42 167 Mk. zu entrichten hatte. An Waarenrückvergütung für das letzte Jahr gelangen zur Vertheilung 5825,63 Mk.; an Zuschlag zu den Löhnen und Gehältern 2344,68 Mk. Bezüglich der Verrechnung des verbleibenden Reingewinnes von 3750,86 Mk. schlug die Verwaltung vor, das Antheil-Konto mit 5 Proz. zu verzinzen und 2992 Mk. den Reserven (Kapital-Konto und Reservefonds) zuzuwenden. Diese Vorschläge der Verwaltung wurden von der Versammlung akzeptiert und dem Vorstande einstimmig Decharge erteilt. Der Aufsichtsrath unterbreitete sodann der Generalversammlung die von ihm beschlossenen Anstellungsverträge mit den angestellten Vorstandsmitgliedern zur Genehmigung. Nach demselben beträgt das Gehalt für den Geschäftsführer und Kassierer pro Woche 40 Mk. und wird denselben ein Urlaub von 14 Tagen pro Jahr unter der Bedingung eingeräumt, daß während der Urlaubszeit das einen Beamten der andere dessen Obliegenheiten mit übernimmt und somit der Genossenschaft aus dem gewährten Urlaub keine Mehransgaben erwachsen. Bei der durch Stimmentheil vorgenommenen Wahl des Geschäftsführers wurde der bisherige Geschäftsführer, Adolph v. Elm, einstimmig wiedergewählt.

Aus Nah und Fern.

Kindern zertrümmert — „ein milder schwerer Fall.“ Eine merkwürdige brutale Selbstmordthat, die mit

kränkt, den künftigen Gemahl so gleichsam aus den autoritativen Händen des Vaters zu empfangen. Die jugendliche Romanin eines Mädchenwärtchens veranlaßt eben nach dem allerbekanntesten deutschen Herzensworte — und das ist Alles!

Weller schwing eine Beule, dann sagte er plötzlich: „Barbon! Antworten Sie mir sofortig, Herr Senator! Hielten Sie es nicht für möglich, daß Marx vielleicht jenen Herzensworte schon — angepörrt haben könnte? — hinter welchem Rücken, ebenfalls noch — hergebrachten Regeln?“

Der Greis blühte vorwärts empot, dann lächelte er. „Nun, mein Vetter, da sehen Sie entzückend zu schwarz. Ihr Herz ist gewiß noch frei. So weit hoffe ich mein Kind doch noch zu kennen!“

„Gute Gott, daß Sie Recht haben!“ erwiderte Weller mit einem tiefen Seufzer. „So lassen wir also der Zeit ihr Recht. Ich will mich noch eifriger als bisher bemühen, die Kränkung des Mädchens zu erlangen, und habe wenigstens das Bewußtsein, daß Sie mich als väterlichen Freund unterstützen werden.“

„Von ganzem Herzen!“ rief der alte Herr, und reichte seinem Nichte beide Hände hin, während er sich erhob, denn ein Pochen an der Komposition ermahnte ihn daran, daß die Geschäftshandeln bereits wieder begonnen hatten.

„Guten!“ Ein blinder, hohler Mann von einer fünfzigjährigen Jahre trat ein: der junge Haushalter der Frau S. M. Sander u. Co. „Was bringen Sie uns, Herr Engel?“ fragte der alte Greis ihn nachher.

einer auffallend gelinden Strafe geahndet wurde, beging der Unteroffizier Otto Paul Kupfernagel von der 4. Kompagnie des Magdeburger-Füsilier-Regiments Nr. 36 von Halle. Er war vor dem Kriegsgericht der 8. Division wegen vorläufiger Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt; weil er am 28. Januar in der Kaserne den in seiner Kompagnie dienenden Füsilier Stephan während Ausübung des Dienstes wegen einer Bagatelle mit der vollen Faust zweimal so wuchtig gegen die Wacke geschlagen hatte, daß der Geschlagene einen vollständigen Bruch des linken Kinnbackenknochens erlitt, und längere Zeit im Lazarett zubringen mußte. Der Angeklagte räumte die That ein und behauptete, in Erregung gehandelt zu haben. Stephan habe am 28. Januar, dem Tage nach Kaiser's Geburtstag, die Petroleumlampe nicht in Ordnung gehalten und seine Sachen nicht genügend gereinigt gehabt. Die Petroleumlampe war nämlich nicht ausreichend mit Del versetzt, weil Stephan von dem Forrier Petroleum nicht erhalten hatte. Darüber war der schlafertige Unteroffizier so wütend und gab dem Stephan, der aber sofort auf seine Anweisung Petroleum geholt hatte, den ersten Faustschlag ins Gesicht. Später bei dem Auftreten erhielt Stephan von dem Vorgesetzten, der nun einmal ärgerlich war und an Stephens Sachen selbstverständlich etwas auszufehen hatte, einen zweiten Faustschlag ins Gesicht, und zwar auf dieselbe Stelle, auf die er vorher hingeschlagen hatte. Der Verletzte, der eine gute Natur haben muß, merkte nicht sofort, daß der linke Kinnbackenknochen gebrochen war. Als er aber schließlich erhebliche Schmerzen verspürte, nicht essen konnte, und in das Lazarett aufgenommen wurde, konstatierte der Arzt einen vollständigen, durch den ganzen Knochen gehenden Bruch des linken Unterkiefers. Das Zahnfleisch war theilweise abgehoben und blutete. Der Arzt behauptete, daß der Angeklagte mit seinem Arm und für sich schon kräftigen muskulösen Arm sehr verb zuge schlagen haben müsse. Der Verletzte habe erst nur Fühllosigkeit gemessen können, jedoch könne er schon wieder feste Speisen zu sich nehmen und sei der Bruch, der zweifellos von den Schlägen herrühre, wieder geheilt. Der Angeklagte wies darauf hin, daß er Antialkoholiker sei, er aber am vorhergehenden Tage gelegentlich der Kaiser's-Geburtsfeier 8 bis 10 Glas Bier getrunken habe. Er hätte unter der Einwirkung des Alkohols gehandelt. Der Arzt bestritt dies aber. Des Angeklagten Hauptmann beauftragte dann noch, daß der Angeklagte zuweilen religiöse Versammlungen besuche, in denen nur Getränke wie Thee verabreicht würden. Während der Anklageverhandlung 2 Monate Gefängnis gegen den Angeklagten beantragte, erkannte das Gericht auf drei Wochen Mittelarrest, da ein milderer schwerer Fall angenommen worden sei. Was sagen die Vertreter der Abschreckungstheorie zu dem Urtheil?

Die ausländige Konfession. Der „Voss. Bl.“ wird geschrieben: Bei den letzten Debatten über die Pflicht des christlichen Hauptmanns, für das Seelenheil seiner Soldaten zu sorgen, wie Abg. Graf Koon dies wünscht, fiel mir ein kleines Zwiesgespräch aus meiner nun schon fast 30 Jahre zurückliegenden Dienstzeit ein, das sich nach der Zuweisung der neu Eingestellten an die Kompagnien ereignete. Hauptmann: Wie heißen Sie? Soldat: Friedrich Schulte. Hauptmann: Stand und Konfession? Soldat: Kaufmann, Dissident. Hauptmann: Sind Ihre Eltern auch Dissidenten? Soldat: Ja. Hauptmann: Ihre Großeltern auch? Soldat: Nein; die waren evangelisch. Hauptmann: So, so! Na, alter Freund, nun will ich Ihnen was sagen. Wir haben jetzt 9 Uhr. Um 12 Uhr werden Sie sich bei mir. Wenn Sie sich dann nicht eine ausländige Konfession angeeignet haben, werden Sie zu den Juden geschrieben. Werstehen? Bezeugen! — Solche Fälle kommen auch heutzutage noch vor.

Christliche „Toleranz“ wurde in Spengle — jene weltliche Denkmäler an die Knappelschlacht des Pastors Jehau — geht. Eine Arbeiterin J. war im Krankenhaus gestorben. Man stülte den Sarg an einem Orte auf, an dem man nicht gern lange weilt, trug dann die Leiche über den Hof und legte sie in den Sarg, den nun die Träger von dort wegholten. Und das Alles, weil das Mädchen — schwanger war und dem Pastor den Zustand verschwiegen hatte. Dieser ging auch nicht zum Begräbnis. Die Krankenkasse zahlte die Kosten. In der Bevölkerung herrscht große Aufregung.

Karpfischer Köchin. Interessante Enthüllungen macht die „Mensch. Med. Wochenschr.“ anlässlich der öffent-

lichen Ankündigung einer Köchin Marie Grünauer in München, die also lautet: „Rheumatismus- und Gichtkranken theile ich aus Dankbarkeit unentgeltlich, auch brieflich, mit, was meiner lieb-n Mutter nach jahrelangen, gräßlichen Schmerzen sofort Bänderung und nach kurzer Zeit vollständige Heilung brachte.“ Dieses probate Mittel, das den Gläubigen von der Köchin aufs Wärmste empfohlen wird, ist der „Rheumatismus- und Gichtgeist von Weigand“. Dieser besteht, wie dem Fachblatte von ärztlicher Seite geschrieben wird, in der Hauptsache aus einem Gemenge von Terpentinöl und Kampferspiritus. Von diesem Wunderelixir kostet die Flasche (etwa 100 Gramm Inhalt) 2,50 Mark, während der Apothekenpreis 50 Pf. betragen würde. Natürlich werden mindestens 5 bis 6 solcher Flaschen für erforderlich erachtet, um eine Wirkung zu erzielen. Das Schönste aber ist, daß die dankbare, menschenfreundliche Köchin — die Köchin des Herrn Weigand selbst ist! Der wohlorganisirte Absatz des „Rheumatismus- und Gichtgeistes“ erstreckt sich auf Deutschland, Oesterreich und die Schweiz.

Schwabenkreiche. Man schreibt dem „Vorm.“: Der allbekannte Reichstags- Abgeordnete und Oberbürgermeister Hegelmaier von Heilbronn steht vor der Feier der silbernen Hochzeit. Da das schneeweiße Gemeindeoberhaupt bei seinen konservativen Wählern im Reichstag verweilt, um das Volk zu segnen, berief der Heilbronner Vicegouverneur und dienstälteste Gemeinderath Kögel eine Sitzung der Gemeinderäthe ein und beantragte eine offizielle Ehrung des silbernen Gedenkjahres durch die Gemeinde. Damit fiel der Freund seines Freundes schmählich durch. Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgte sogleich. Als Oberbürgermeister Hegelmaier von der in seiner Abwesenheit erfolgten Rathstagsung erfuhr, reichte er eine Klage beim Oberamt ein gegen seinen Freund Kögel, weil dieser — da er nur in dringenden Angelegenheiten dazu befugt sei — eine Gemeinderathsitzung zu Unrecht einberufen habe. Wahrscheinlich folgt ein dritter Streich.

Noch einmal der konfessionelle Gemeindevulle. Man schreibt dem Stuttgarter „Beobachter“ aus Münsingen: In Oberstetten, D. M. Münsingen, besteht ein Farrenstall, und der dortige Gemeindefarren ist bisher auch von der Nachbargemeinde Bernloch freundschaftlich benützt worden. Die Gemeinde Oberstetten ist katholisch, Bernloch ist protestantisch und die Heimath des neuen Abgeordneten Reichling. Am vierten Tag nach dessen Erwählung, Dienstag, den 10. März, ließ die Gemeinde Oberstetten in Bernloch mit der Ortschelle amtlich bekannt machen, daß von heute ab keine Kühe von Bernloch mehr von dem Farren von Oberstetten besprungen werden! Im ganzen Bezirk schüttelt man den Kopf. Ein alter Bernlocher aber sagte: „In Gottes Namen, jetzt gönnet sie uns keine katholische Kälble mehr.“ — So geschickten im Jahre 1903, zur Zeit wo Rentum im Deutschen Reich Trumpf ist.

Die englische Kriegsmarine wurde während des Jahres 1902 recht hart von Unfällen betroffen. Nach der amtlichen Feststellung gingen 5 Fahrzeuge völlig verloren, 47 wurden beschädigt, darunter 30 Torpedoboote. Getödtet wurden 102 Mann, schwer verletzt 34.

Zur Verhinderung des Leisendbegrabens liegt der gesetzgebenden Körperschaft von Massachusetts ein Gesetzentwurf vor, nach dem alle Särge so gebaut sein sollen, daß sie Licht und Luft zulassen und Raum zur Bewegung gestatten. Sechs Stunden nachdem man das Eintreten des Todes angenommen hat, muß ein Bericht an die Behörden gesandt werden, worauf ein Sachverständiger von Sir W. Richardson vorgeschriebenen Untersuchungen vornehmen soll; alle bekannten Mittel der Wiederbelebung müssen versucht werden, ausgenommen bei Zerfetzung. Das Verfahren muß von zwei Medizimern in besonders eingerichteten Zimmern, die der Gemeinde gehören, geleitet werden. Jede Verletzung des Gesetzes soll als Todtschlag bestraft werden.

Salut auf Pump. In dem zu Buenos Aires erscheinenden „Argentinischen Tageblatt“ vom 10. Februar steht: „Ein kürzlich von Para (Brasilien) angereicherter Freund unseres Blattes bringt uns die wirklich köstliche Nachricht, daß der von dem amerikanischen Kreuzer „Detroit“ dem Plage dargebrachte Gruß von der brasilianischen Hafensbatterie nur deshalb nicht sofort erwidert wurde, weil es dieser an Pulver fehlte! Erst mehrere Stunden später, als der Kommandant den Grund des Schweigens der Batterie eingestanden und von dem Yankee das nöthige Pulver geliehen erhalten hatte, donnerten die brasilianischen Kanonen ihren Gegengruß.“

Wenige Tage später herrschte eine fieberhafte Unruhe und Thätigkeit im ganzen Städtchen, dessen Geschäftswelt hauptsächlich aus Hopfenhändlern bestand. Was für die skandinavischen Handelsplätze z. B. das Ergebnis des ersten Heringsfanges im Juli bedeutet, das ist für viele bayerische, böhmische und schlesische Orte die herbliche Hopfenenernte. Es geht auf diesen Plätzen kaum eine Person, die nicht irgendwie Interesse daran hätte; die Kaufleute durch die Negoziation und den Export; die niedrigsten Volksschichten wenigstens durch den Verdienst, den sie durch das Einsammeln der Hopfentrauben erzielen, zu welchem alle Altersklassen, ohne Unterschied des Geschlechtes, herangezogen werden.

Die Firma S. M. Sandler u. Komp. stand als die erste des Städtchens natürlich im Mittelpunkt dieser Bewegung. Die beiden Chefs waren den ganzen Tag über in angestrengtester Thätigkeit, bald draußen in ihren weitläufigen Hopfengärten, wo die Frucht von einer ganzen Armee von Tagelöhnern; Männer, Weiber und Kinder, eingesammelt wurde, bald auf der „Börse“, die zur Erntezeit in einem bestimmten Kaffeehause der Stadt improvisirt wurde. Da gab es zu thun, daß Jedem der Kopf rannte. Mit peinlicher Spannung durchzog man jeden Tag die Zeitung, um das Ergebnis der Sauger Ernte anzukundschaffen, welches für die ganze Branche tonangebend ist, da sich die Frucht dieses kleinen böhmischen Bezirks des besten Renommee erfreut. „Wie steht der Jentner Sauger Hopfen?“ ist die brennende Frage, die auf den Lippen aller dabei Interessirten schwebt.

(Fortsetzung folgt.)

„Das Jaleffo der Münberger Aktien-Brauerei ist soeben eingelaufen. Aber der Verwaltungsrath schreibt, daß er den Metzgerhauer Hopfen nach dem Stand der heutigen Ernte zur Höhe mit 138 Mark bezahlen wolle. Zu diesem Preise sollen schon Offerten aus Böhmen vorliegen. Was sollen wir thun?“

Sandler blühte fragend auf den Kompagnon; der zuckte die Achseln.

„Warten wir noch vierzehn Tage. Ich glaube noch nicht an diesen niedrigen Kurs. Der Sauger Hopfen wird entschieden auf 94 Gulden hinaufgetrieben werden. Wir können ja das Geld einweisen in der Kasse beiaffen, bis der Kurs steigt. Wie viel ist es denn?“

„Bis 14000 Mark für den nächsten Posten,“ jagte der Haushalter in einem schwarzlebernen Portefeuille blätternd.

„Sehr wohl berechnert,“ jagte Herr Sandler mit ärgerlichem Lachen; „die Brauerei nimmt den Sach pränumerando, um uns desto eifriger den Namen auf's Auge setzen zu lassen; aber wir werden ja sehen! Behalten Sie den Posten bis zur äußersten Lieferfrist in der Kasse, lieber Engel, wenn es sich schon früher erweisen sollte, daß wir zu solchen Bedingungen absolut nicht eintreten können. Schreiben Sie den Benteu jedenfalls, der Betrag ründe ihnen nach Belieben zur Verfügung, da wir uns vor zwei Wochen nicht entscheiden konnten!“

Engel verzogte sich und zog sich mit der Selbstfüge in seine Komptoirrechnung zurück, während Sandler und Sandler noch beisammen blieben. Aber jetzt bildeten nur mehr geschäftliche Angelegenheiten das Thema ihres Gesprächs, vor dem die Privatinteressen gänzlich in den Hintergrund treten mußten.